

Serbien vor den Wahlen: Konsolidierte Demokratie auf dem Sprung nach Europa?

MARCUS SCHNEIDER

April 2012

- Am 06. Mai 2012 finden in Serbien gleichzeitig Parlaments- und Präsidentschaftswahlen statt. Ebenso werden in allen Gemeinden und Städten neue Volksvertreter und Bürgermeister bestimmt. Die Demokratische Partei (DS), die seit 2008 alle wichtigen Ämter besetzt, steht vor der Herausforderung, ihre dominante Stellung im Land zu verteidigen.
- Anders als noch 2008 steht Serbien in diesem Jahr nicht vor einer epochalen Entscheidung zwischen europäischer Zukunft oder Rückfall ins dunkle Zeitalter der Kriege und des Nationalismus. Die schrille Wahlkampfrhetorik täuscht darüber hinweg, dass heute in Serbien ein breiter proeuropäischer Konsens herrscht und die nationalistischen Kräfte marginalisiert sind.
- Präsident Boris Tadic und seine proeuropäische Koalition unter Führung der Demokratischen Partei (DS) haben das Land der EU angenähert und Serbien wieder zu einem verlässlichen Partner in einer schwierigen Region gemacht. Die rapide Verschlechterung der ohnehin prekären ökonomischen und sozialen Lage haben allerdings zu verbreiteter Enttäuschung seitens der Wählerschaft beigetragen.
- Die größte Oppositionskraft, die Serbische Fortschrittspartei (SNS), führt in den Umfragen, ist aber koalitionspolitisch isoliert. Die Partei Tomislav Nikolics zielt auf die Enttäuschung der Wähler ab, ohne inhaltliche Alternativen aufzuzeigen.
- Unabhängig vom Ausgang der Wahlen steht Serbien in der EU- und Kosovopolitik vor weitreichenden und schmerzhaften Entscheidungen. Ohne nationalen Konsens sind hier kaum Fortschritte zu erzielen. Auch in der Wirtschafts- und Sozialpolitik gilt es, Erfolge zu vermehren, um der erneuten Infragestellung der Demokratie durch aufkeimende nationalistische Kräfte vorzubeugen.

I. Die abgelaufene Legislaturperiode: Licht und Schatten einer ambitionierten Koalition.....	04
1. Erfolgreiche EU-Annäherungspolitik.....	05
2. Gefangen in der Illusion: Belgrads Kosovopolitik.....	06
3. Kosovo: Der Schlüssel liegt im Norden.....	07
4. Aussenpolitisches Programm: Versöhnung mit den ex-jugoslawischen Nachbarn.....	07
5. Serbiens Wirtschaft: Miserable Lage, düstere Aussichten.....	08
6. Gesellschaftspolitik: Ein Zivilisierungsprozess mit Rückfällen.....	09
II. Grundlagen des politischen Systems Serbiens.....	10
III. Das Parteiensystem Serbiens seit 2000.....	13
IV. Parteien, Kandidaten und Programme.....	15
1. Demokraska Stranka (DS).....	15
2. Srpska Napredna Stranka (SNS).....	17
3. Socijalisticka Partija Srbije (SPS).....	19
4. Liberalno-Demokraska Partija (LDP).....	20
5. Srpska Radikalna Stranka (SRS).....	21
6. Demokraska Stranka Srbije (DSS).....	22
7. Ujedinjeni Regioni Srbije (URS).....	23
8. Die kleineren Parteien: Brautschau vor der Wahl.....	24
V. Wahlkampf: Themen und Aussichten.....	25
1. Wirtschaftspolitik: Schlechte Aussichten, kaum Konzepte.....	25
2. Kosovo und die EU: Mögliche Auflösung eines Dilemmas?.....	26
3. Die offene serbische Frage.....	28
4. Der Parteienkampf: Zwischen inhaltlicher Beliebigkeit und anonymer Diffamierung.....	29
5. Umfrageergebnisse.....	30
VI. Serbien nach der Wahl: Drei Szenarien.....	31
1. Kontinuität: Wahlsieg der proeuropäischen Regierung.....	31
2. Große Kompromisse benötigen große Mehrheiten: Große Koalition aus Fortschrittspartei und Demokraten.....	32
3. Ein ungewisser Wechsel auf die Zukunft: Eine SNS-geführte Regierung.....	33
VII. Präsidentschaftswahlen: Kopf-an-Kopf-Rennen mit Vorteil Tadic.....	34

DOS	Demokratische Opposition Serbiens
DS	Demokratische Partei
DSS	Demokratische Partei Serbiens
EU	Europäische Union
G17plus	G17plus
GSS	Bürgerbündnis Serbiens
IWF	Internationaler Währungsfonds
JS	Einiges Serbien
LDP	Liberaldemokratische Partei
LSV	Liga der Sozialdemokraten Vojvodinas
NS	Neues Serbien
PUPS	Partei der Vereinten Rentner Serbiens
SAA	Stabilitäts- und Assoziierungsabkommen
SDPS	Sozialdemokratische Partei Serbiens
SDU	Sozialdemokratische Union
SNS	Serbische Fortschrittspartei
SPO	Serbische Erneuerungsbewegung
SPS	Sozialistische Partei Serbiens
SRS	Serbische Radikale Partei
SVM	Bund der Vojvodina-Ungarn
URS	Vereinte Regionen Serbiens
ZES	Koalition Für ein europäisches Serbien
ZSS	Zusammen für Sumadija

EINLEITUNG

„Das ist eine Wahl zwischen Krieg oder Frieden“. Serbien müsse sich entscheiden „zwischen Vergangenheit oder Zukunft“. Wenige Wochen vor den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen erreicht der Wahlkampf seine schrille Phase, die den aufmerksamen Beobachter vier Jahre zurückversetzt ins Frühjahr 2008, als das Land tatsächlich vor einer epochalen Entscheidung zwischen europäischer Zukunft oder Rückfall ins dunkle Zeitalter des Nationalismus stand. Dieses Mal jedoch täuscht die aufgeblasene Rhetorik. Ihr Ziel ist die Mobilisierung einer enttäuschten, über weite Teile resignativen Wählerschaft, nicht jedoch Ausdruck tiefgreifender ideologischer Auseinandersetzungen zwischen den beiden führenden Parteien. Demokraten und Fortschrittspartei, die sich seit vier Jahren ein Kopf-an-Kopf-Rennen in den Umfragen liefern, haben ihre großen weltanschaulichen Differenzen hinter sich gelassen. Die Unterschiede zwischen den Kontrahenten verblassen zusehends. Politiker der proeuropäischen Demokratischen Partei spielen im Wahlkampf mittlerweile genauso virtuos mit nationalistischen Ressentiments wie ihre Gegner. In ihrer Beschwörung der europäischen Zukunft unterscheiden sich die gemässigt nationalistischen Fortschrittler kaum von den Demokraten. Jenseits dieser Wahlkampfrhetorik hat sich in Serbien ein großer proeuropäischer Konsens gebildet. Das Land, lange Zeit Sorgenkind der demokratischen Entwicklung auf dem Balkan, scheint sich selbst zivilisiert zu haben.

Dass der 06. Mai 2012 ein Superwahntag werden würde, war Anfang des Jahres noch nicht absehbar. Am gleichen Tag werden in Serbien die Nationalversammlung, der Präsident, das Parlament der Autonomen Provinz Vojvodina sowie alle Gemeindevertretungen und Bürgermeister neu bestimmt. Die am 04. April verkündete Entscheidung des Präsidenten Boris Tadic, die Wahlen zum Staatsoberhaupt um 6 Monate auf diesen Termin vorzuziehen, spitzt die politische Auseinandersetzung im seit Wochen tobenden Wahlkampf nochmals zu. Dies ist im strategischen Interesse des Amtsinhabers, der so hoffen kann, seine Popularität auf die in den Umfragewerten nur auf dem zweiten Platz rangierende Demokratische Partei (DS) zu übertragen. Das Duell Tadic gegen Tomislav Nikolic, den ehemaligen Radikalen und seit 2008 Chef der neugegründeten, nationalkonservativen,

aber europhilen Fortschrittspartei ist ein Dauerbrenner der politischen Szene des Landes. Bereits 2004 und 2008 sind die beiden Kontrahenten aufeinander getroffen, beide Male mit äußerst knappem Ausgang. Die in der Endphase des Wahlkampfes erfolgende Zuspitzung auf die Frage Tadic oder Nikolic blendet jedoch aus, dass den Parlamentswahlen machtpolitisch die größere Bedeutung zukommt. Ein Präsident ohne Unterbau, d.h. ohne parlamentarische Mehrheit verfügt in Serbien nur über wenig konkrete Macht. Da am 06. Mai jedoch voraussichtlich nur die erste Runde der Präsidentschaftswahlen stattfindet, in der wohl kein Kandidat eine absolute Mehrheit auf sich vereinen wird können, wird der Ausgang der Parlamentswahlen entscheidenden Einfluss auf die zweite Runde haben. Das bedeutet jedoch auch, dass der Wahlkampf weitere zwei Wochen andauert und Koalitionsverhandlungen dementsprechend zurückgestellt werden.

In der vorliegenden Studie soll die politische Lage Serbiens vor den Wahlen vom 06. Mai analysiert werden. Ausgehend von einer Bilanz der proeuropäischen Regierungskoalition, die 2008 mit hohen Erwartungen angetreten ist, wird auf die Besonderheiten des politischen Systems ebenso eingegangen wie auf die antretenden Parteien und Vorwahlkoalitionen. Der eher inhaltsleere Wahlkampf, den die Parteien mit wirkmächtigen Narrativen zu einer Grundsatzauseinandersetzung stilisieren wollen, wird auf seine entscheidenden Themen und die Nachwahlaussichten heruntergebrochen. Am Ende soll ein Ausblick auf die möglichen politischen Verhältnisse nach der Wahl erfolgen.

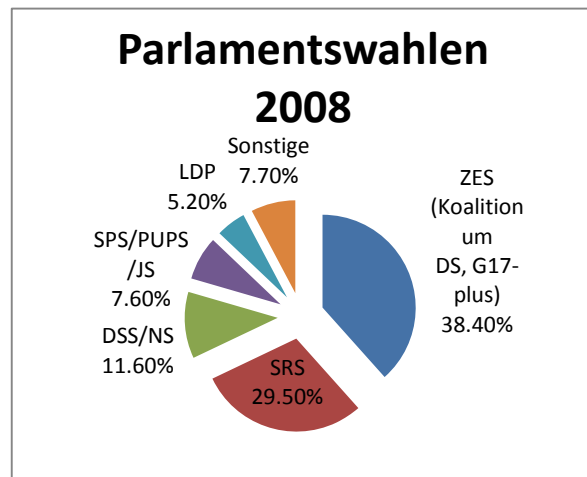
I. DIE ABGELAUFENE LEGISLATURPERIODE: LICHT UND SCHATTEN EINER AMBITIONIERTEN KOALITION

Zu Beginn des Frühjahrs 2012 ist es unzweifelhaft, dass die serbische Regierungskoalition bei den anstehenden Wahlen keinen Popularitätspreis gewinnen wird. Ein nochmaliger Sieg ist zwar nicht ausgeschlossen. Allerdings nicht aufgrund einer hervorragenden Bilanz, sondern aufgrund des vielen Wählern wohl weitaus riskanter erscheinenden Wagnisses, das Land einer neuen, politisch unberechenbaren Oppositionspartei ohne Verwaltungserfahrung zu überlassen. Die Unzulänglichkeiten der Regierungskoalition liegen auf der



Hand: das gerade noch abgewendete Scheitern bei der Erlangung des EU-Kandidatenstatus', die sich zunehmend als Illusion erweisende Politik, am Kosovo festzuhalten und dennoch nach Europa zu streben, die Zerwürfnisse zwischen der Belgrader Regierung und den Kosososerben, und nicht zuletzt die völlig desolante ökonomische und soziale Lage, die sich seit Regierungsantritt erheblich verschärft hat. Leicht wäre es nun, trotz des hochgradig symbolischen Gewinns des EU-Kandidatenstatus, das Scheitern dieser mit großen Erwartungen angetretenen Koalition festzustellen. Dass dies eine zu einfache Betrachtung ist, offenbart ein Blick zurück ins Jahr 2008. Damals, kurz nach der Unabhängigkeitserklärung des Kosovo, fanden in Serbien Parlamentswahlen statt, bei denen es um einen grundsätzlichen Richtungsentscheid ging: Zurück in die nationalistische Isolation der 1990er oder vorwärts nach Europa? Entgegen aller Prognosen ging das um die Demokratische Partei (DS) gebildete Wahlbündnis „Für ein europäisches Serbien“ als knapper Sieger hervor. Die Parlamentsmehrheit wurde allerdings nur errungen, weil es den Demokraten gelang, die Sozialistische Partei Serbiens (SPS), jene ehemalige Staatspartei der Milosevic-Diktatur, aus dem Lager der Nationalisten ins proeuropäische Camp zu lotsen. Dieses ungleiche und ahistorische Bündnis aus Demokraten und Sozialisten, den ehemaligen Hauptkontrahenten in der Zeit der Jugoslawienkriege, bildete seit 2008 das Rückgrat der proeuropäischen Koalition. Der Erfolg dieser Koalition beruht nicht nur darauf, dass dieses Rückgrat sich trotz aller Unkenrufe als erstaunlich stabil erwiesen hat. Die derzeitige Koalition wird die erste sein, die seit 2001 eine volle Legislaturperiode durchhält. Ihr Erfolg liegt vor allem darin, dass die kommenden Wahlen jener Schicksalhaftigkeit von 2008 entbehren. Diesmal geht es nicht um ein fundamentales Für oder Gegen Europa – mit all den weitreichenden außenpolitischen Konsequenzen, die beide Optionen hätten. Der alte Gegensatz zwischen Slawophilen und Westlern, zwischen „Patrioten“ und „Verrätern“, zwischen den Anhängern einer großserbischen Kriegspolitik und denen eines europäischen Verfassungsstaats scheint endgültig überwunden. Die proeuropäische Wende der Sozialisten und die Spaltung der Radikalen Partei (SRS), deren Hauptwählerschaft in die neue, nationalkonservative aber bekennend proeuropäische Serbische Fortschrittspartei (SNS) überführt wurde, haben die nationalistische Opposition

endgültig marginalisiert. Diese Rationalisierung und Zivilisierung serbischer Politik, mithin Ausdruck einer sich stabilisierenden Demokratie, ist zweifelsohne ein bedeutender Erfolg der derzeitigen Regierungskoalition und ihres faktischen Anführers in Gestalt des Präsidenten Boris Tadic.



1. Erfolgreiche EU-Annäherungspolitik

Die Annäherung an die Europäische Union machte in den vergangenen vier Jahren den zentralen Part der Regierungsanstrengungen aus. Dabei sind der Koalition eine Reihe bedeutender Fortschritte gelungen. Das Stabilitäts- und Assoziierungsabkommen (SAA), über dessen Ratifizierungsfrage sowohl die vormalige, von Premierminister Vojislav Kostunica geführte Regierung als auch die Radikale Partei zerbrachen, wurde von der neuen Parlamentsmehrheit verabschiedet. Trotz niederländischem Widerstand gegen die Inkrafttretung großer Teile dieses Abkommens zeigte die serbische Regierung europäischen Geist, indem sie auch unilateral seine Implementierung vornahm. Im Dezember 2009 schließlich reichte Belgrad das offizielle Beitritts-gesuch zur EU ein. Im gleichen Monat wurde der serbischen Bevölkerung fast 20 Jahre nach deren Wegfall die Visafreiheit für Europa wieder gewährt. Die erheblichen Fortschritte auf rechtlichem und politischem Gebiet blieben Brüssel nicht verborgen. 2010 und 2011 stellte die Kommission Serbien äußerst positive Fortschrittsberichte aus. Bis Mitte 2011 galt denn auch nicht die institutionelle Entwicklung als größte Hürde auf dem Weg nach Europa, sondern die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien. Nach der Auslieferung des ehemaligen



Präsidenten der bosnischen Serbenrepublik, Radovan Karadzic, die kurz nach Antritt der neuen Regierung erfolgte, stand lange Zeit ein Fragezeichen hinter dem Verbleib der beiden anderen flüchtigen Hauptverdächtigen: Ratko Mladic und Goran Hadzic. Ihre Festnahme im Sommer 2011 sowie die Tatsache, dass diese nur geringe öffentliche Proteste zur Folge hatten, schürten im proeuropäischen Lager erhebliche Hoffnungen auf eine Beschleunigung des Aufnahmeprozesses. Diese Hoffnungen sollten sich im Dezember 2011 vorerst als Makulatur erweisen, als Belgrad massgeblich auf Betreiben Deutschlands der Kandidatenstatus verweigert wurde. Die letztlich positive Entscheidung bei Wiedervorlage im März 2012 war nicht nur dem serbischen Einlenken in der Frage der regionalen Vertretung des kosovarischen Staates, sondern auch der Berliner Erkenntnis geschuldet, dass Serbien unmittelbar vor den Wahlen nicht das liefern könne, was Kosovos Schutzmächte verlangten: eine faktische Aufgabe seiner Anti-Anerkennungspolitik und den Abbau der sog. Parallelstrukturen im serbisch besiedelten Nordteil des Landes. Der im Sommer 2011 neu eskalierte Konflikt um den jüngsten Staat Europas wird auch nach den Wahlen eine ganz zentrale Rolle in der serbischen Politik spielen.

2. Gefangen in der Illusion: Belgrads Kosovopolitik

Der jüngste Erfolg bei der Politik der Annäherung an Brüssel sollte nicht den Blick davor verstellen, dass der serbischen Kosovopolitik weiterhin erhebliches Konfliktpotenzial innewohnt. Boris Tadic und seine Demokratische Partei waren 2008 mit dem Slogan *Kosovo und EU* angetreten. Diese Losung unterschied sie grundsätzlich vom damals amtierenden Premierminister Vojislav Kostunica. Dieser hatte, nicht zu Unrecht wie sich noch herausstellen dürfte, erkannt, dass beide Ziele nicht vereinbar seien, dass der Verzicht auf Kosovo letztlich der Preis für den EU-Beitritt sein werde. Einen Preis, den Kostunica nicht bereit war zu zahlen. Das Abdriften seiner Demokratischen Partei Serbiens (DSS) ins antieuropäische Lager ist somit nur konsequent.

Nach ihrem Wahlsieg zeigte die neue Regierung, dass diese Losung nicht nur aus rhetorischen Girlanden bestand um nationalbewusste Wähler einzubinden. Ihre Politik zielte tatsächlich darauf, beide Ziele in Einklang zu bringen. Die zuweilen aggressive Nichtanerkennungspolitik

blieb nicht ohne Erfolg. Bis heute weigern sich zwei Drittel der Länder der Welt, die durch die vereinten Westmächte forcierte Unabhängigkeit zu akzeptieren. Dies ist ein Problem für Pristina, genauso wie für seine Schutzmächte. Es wäre jedoch eine Illusion zu glauben, dass Serbien damit ungeschoren davon käme. Denn nicht China und Russland, auch nicht Brasilien und Indien entscheiden am Ende, ob Belgrad Aufnahme in Brüssel findet. Die EU – obgleich ebenso gespalten in der Kosovofrage – ist entschlossen, kein weiteres Zypern, d.h. einen Staat ohne klar definierte Aussengrenzen in ihren Kreis aufzunehmen. Es war somit nur eine Frage der Zeit, bis Belgrad mit seiner Obstruktionspolitik auch integrationspolitisch auf Granit biss. Der Besuch der Bundeskanzlerin im August 2011 machte der serbischen Regierung das erste Mal unmissverständlich klar, dass ihre Kosovopolitik mit einem späteren EU-Beitritt inkompatibel ist. Die technischen Verhandlungen, die seit dem Frühjahr 2011 mit Pristina laufen, gehen auf Forderungen aus Brüssel zurück. Letztlich ist die Kosovofrage aber weder technisch noch juristisch zu lösen.¹ Sie ist eine eminent politische Frage, die aufgrund der machtpolitischen und demographischen Realitäten längst entschieden ist. Es stellt sich bloß die Frage, wann in Serbien ein führender Politiker den Mut findet, diese Tatsache seinem Volk zu verkünden. Einstweilen changiert Serbiens Attitüde zwischen Symbolpolitik und weinerlich-melancholischem Nationalismus, die sich zur *reality on the ground* in einer Position akuten Autismus¹ befinden. Trotzdem muss davon ausgegangen werden, dass nur die Wenigsten in Belgrad tatsächlich an einen nachhaltigen Erfolg der derzeitigen Politik glauben. Einen handfesten Plan, wie eine Rückkehr der albanisch-dominierten Provinz ins serbische Mutterland zu bewerkstelligen wäre, gibt es nicht. Aussenpolitisch dient der Anspruch auf Kosovo Belgrad als Trumpf, die die derzeitige Regierung zu einem angemessenen Preis wie einem beschleunigten EU-Beitritt wohl ausspielen würde. Innenpolitisch ist die verlorene Provinz jedoch eine Bürde, der man sich nicht so leicht entledigen kann.

¹ Im Juli 2010 urteilte der von Serbien angerufene Internationale Gerichtshof (IGH), dass die einseitige *Unabhängigkeitserklärung* des Kosovo nicht gegen das Völkerrecht verstoße. Der rein verbale Akt einer Erklärung könne nicht illegal sein. Damit umschiffte der IGH juristisch geschickt die eigentlich interessante Frage nach der Legalität der Abspaltung der ehemaligen Südprovinz.



3. Kosovo: Der Schlüssel liegt im Norden

In der Essenz ist die Kosovofrage längst zusammengeschrumpft zur *Nordkosovofrage*. Der Staat Kosovo ist *de facto* von Belgrad unabhängig, ganz gleich wie Serbien sich gebähret. Im Nordkosovo sieht die Lage anders aus. Der Unterschied besteht darin, dass für Belgrad hier aufgrund der machtpolitischen und demographischen Situation tatsächlich noch etwas zu holen ist. Zwar wird in der deutschen Presse viel fabuliert vom Nordkosovo als kriminellem schwarzen Loch, das angeblich die Stabilität des von Pristina aus verwalteten Staates unterminiert.² Faktisch jedoch handelt es sich um den Konflikt zweier Völker, in dem sich die serbische Bevölkerung aus wohlverstandenen politischen und ökonomischen Interesse dagegen wehrt, von Pristina annektiert zu werden. Das Ergebnis des im Februar durchgeführten Referendums in den nördlichen Gemeinden zeigte eindrucksvoll, dass es nicht die Mafia ist, die das serbische Volk in Geiselhaft hält. Bei einer Wahlbeteiligung von 75% votierten eindrucksvolle 99% gegen die Eingliederung ins Kosovo. Die desolate wirtschaftliche Lage, der stagnierende Staatsaufbau, eine zunehmend populärer und gewalttätiger werdende nationalalbanische Opposition sowie die demographische Realität, die allen Beschwörungen des multiethnischen Staatswesens Hohn spricht, macht die kosovarische Option für den nördlichen Teil der serbischen Bevölkerung, der bereits seit Mitte der 1980er Jahre faktisch dem Einfluss Pristinas entzogen ist, zur denkbar schlechtesten Option. Präsident Boris Tadic sprach wiederholt von der Notwendigkeit eines „historischen Kompromisses“. Es gibt inzwischen Hinweise darauf, dass Belgrads politische Elite darunter eine Teilung des Landes versteht.³ Ähnlich wie eine Anerkennung der kosovarischen Unabhängigkeit keinen revolutionären Akt, sondern einfach eine Anerkennung der Realität darstellte, würde auch eine Teilung des Kosovo lediglich den *realities on the ground* legalen Status gewähren. Um auf eine solche Lösung hinzuwirken, die Beteiligten zufolge schon vom politischen Visionär Zoran Djindjic erwogen⁴ und im Sommer 2010

² Frankfurter Allgemeine Zeitung: Der Vertrag von Mitrovica, 24.08.2011

³ The Guardian: WikiLeaks cables: Kosovo sliding towards partition, Washington told, 09.12.2010

⁴ B92: Djindjic cabinet planned Kosovo's partition, 20.01.2011

wieder vom sozialistischen Innenminister Ivica Dacic ins Spiel gebracht wurde, müsste sich Serbien freilich von der Illusion des Anspruchs auf Gesamtkosovo verabschieden. Vielleicht könnte Belgrad dann glaubwürdiger für eine Teilung als beste Lösung des Konflikts werben – allen voran bei den Deutschen, denen der Gedanke an neue Grenzverschiebungen erhebliche Bauchschmerzen bereitet. Realistischerweise sollte von Seiten der Europäer eingesehen werden, dass eine Integration des Nordens in den kosovarischen Staat auf friedlichem Wege nicht zu erreichen ist. Der von Berlin geforderte Abbau der sog. Parallelstrukturen läuft darauf hinaus, den Serben die Souveränität Pristinas aufzuoktrozieren. Welcher Nutzen in so einem riskanten Unterfangen liegt, erschliesst sich nicht. Ein Umdenkprozess ist nicht nur auf serbischer Seite, sondern auch auf Seiten der Schutzmächte notwendig, zumal es in deren Interesse liegt, ihre Truppen mittelfristig heimwärts befehlen zu können.

4. Aussenpolitisches Programm: Versöhnung mit den ex-jugoslawischen Nachbarn

Wenn man von der verkorksten Kosovopolitik absieht, steht die Außenpolitik auf der Habenseite der Regierungskoalition. Dies ist zuvorderst ein Verdienst des Präsidenten Boris Tadic, der erheblich dazu beitrug, Serbien als stabilen und berechenbaren Partner für die Region und Europa zu positionieren. Mit der im März 2010 von der Regierungsmehrheit ratifizierten Srebrenica-Deklaration bekannte sich Belgrad erstmals zu seiner Mitverantwortung für das Massaker in Bosnien. Zwar mag Berechnung, so manche Kritiker dieses Schritts, ein gewichtiger Grund gewesen sein als aufrichtige Reue über die Gräueltat. In die Region sendete diese Initiative dennoch die Nachricht, dass Serbien bereit ist, sich mit seiner problematischen Vergangenheit auseinanderzusetzen. Von nicht geringer Bedeutung war dabei die Zustimmung des kleineren sozialistischen Koalitionspartners, dem bis heute keine eindeutige Distanzierung von seiner Rolle als führender serbischer Partei während der Jugoslawienkriege gelungen ist. Die Beziehungen zu den bosnischen und kroatischen Nachbarn konnten trotz der Regierungsteilnahme der SPS spürbar verbessert werden. Präsident Tadic betonte mehrfach, dass Serbien die territoriale Integrität des bosnischen Gesamtstaates nicht infrage stelle. Ein Bekenntnis, das die ohnehin angespannte Lage in Bosnien,



das lähmende anderthalb Jahre der Regierungsbildung durchlebte, zumindest nicht weiter anheizte.

Erfreulich waren auch die regionalen Gipfel im Rahmen der Igman-Initiative, bei der sich die Staatsoberhäupter von Serbien, Montenegro, Kroatien und Bosnien-Herzegowina bereit zu Versöhnung und Zusammenarbeit auf dem gemeinsamen Weg nach Europa zeigten. Die freundschaftlichen Beziehungen von Präsident Tadic zum Anfang 2010 gewählten sozialdemokratischen Präsidenten Kroatiens Ivo Josipovic haben zur Annäherung zwischen Zagreb und Belgrad beigetragen. Selbst der kroatische Wahlkampf 2011, in dem die unterlegene nationalkonservative Regierungspartei HDZ zuletzt nochmal alle antiserbischen Register zog, provozierte keine nachhaltigen Verwerfungen. Die neugewählte sozialdemokratisch geführte Regierung in Zagreb stellte Anfang 2012 sogar in Aussicht, die beim Internationalen Gerichtshof eingereichte Völkermordklage gegen Serbien zurückzuziehen. Mit der gewichtigen Ausnahme Kosovo herrscht also ein Tauwetter im ex-jugoslawischen Raum wie es 2008 noch nicht abzusehen war. Zur unaufgeregten außenpolitischen Ausrichtung Belgrads passt auch, dass die Politiker der Koalition, allen voran wieder Präsident Tadic, im Dezember 2011 mit Besonnenheit auf die einstweilige Zurückweisung aus Brüssel reagierten. Trotz des als herb empfundenen Rückschlags bekannte sich der Präsident eindeutig zum europäischen Kurs des Landes. Diese massvolle Reaktion mag einer der Gründe gewesen sein, die Berlin im März 2012 zum Umdenken bewegten.

5.Serbiens Wirtschaft: Miserable Lage, düstere Aussichten

Positiven außen- und europapolitischen Entwicklungen steht eine ernüchternde Bilanz in der Wirtschafts- und Sozialpolitik gegenüber. Dem Projekt Europa, um das sich der serbische politische Diskurs in Endlosschleife dreht, lag ursprünglich die Hoffnung zugrunde, einen spürbaren Anstieg des seit Ende der 1980er Jahre vehement abgesunkenen Massenwohlstands zu bewirken.⁵ Davon ist Serbien weit entfernt. Trotz viel gelobter Reformen im

Rahmen des Annäherungsprozesses ist die ökonomische Rendite der demokratischen Stabilisierung ausgeblieben. Die Weltwirtschaftskrise hat dem kurzfristigen Aufschwung in der ersten Hälfte der 2000er Jahre ein Ende bereitet. 2009 schrumpfte die serbische Wirtschaft um 3,5%. Seitdem gab es keine spürbare Erholung. Nach einem geschätzten Wachstum von 1,8% in 2011 werden für 2012 nur verschwindend geringe 0,7% erwartet.⁶ Die Krise in EU und Euroraum, die mit Italien, Slowenien und Ungarn Haupthandelspartner Belgrads trifft, wird voll auf Serbien durchschlagen. Bei der Arbeitslosigkeit sieht die Lage noch düsterer aus. Von ohnehin hohen 13,6% zu Anfang 2008⁷ stieg der Anteil der offiziell erwerbslos Gemeldeten auf schwindelerregende 23,7% im November 2011. Im gleichen Zeitraum fiel die Erwerbsquote von 41,6% auf 35,3%.⁸ Den ca. 1,7 Millionen Beschäftigten stehen über 700.000 Arbeitslose und ca. 1,4 Millionen Rentner gegenüber. Die Lage wäre noch wesentlich katastrophaler, gäbe es nicht die Hunderttausenden *Gastarbeiteri*, die jährlich eine Summe überweisen, die nach Berechnungen von Experten das Vierfache der ausländischen Direktinvestitionen beträgt. Würde in Serbien das Clintonsche Bonmot *It's the economy, stupid!* gelten, so wäre die Wahl für die demokratisch-sozialistische Koalition und Präsident Tadic wohl gelaufen. Glücklicherweise für die Regierung, aber bedauernswerterweise für die Bevölkerung finden ökonomische Debatten in der politischen Öffentlichkeit kaum statt. Die Opposition mag kritisieren, dass Armut und Arbeitslosigkeit das Land beuteln, mit seriösen programmatischen Punkten, wie dieses Elend zu beheben sei, womöglich noch im Unterschied zu den Massnahmen der Regierung, wartete sie nicht auf. Die grobe Strategie seit 2008, die sich kaum von der seit 2001 unterschied, war durch Reformen die Privatisierung voranzutreiben und genug Vertrauen für internationale Investoren zu schaffen. Die verspätet eingeleitete Privatisierung traf häufig marode Staatsbetriebe, die nur unter massiven Entlassungen von Personal wieder reif für den europäischen Markt gemacht werden konnten. Die so verursachte Deindustrialisierung stürzte ganze Regionen ins Elend. Die Hoffnung, internationale Investoren könnten den Trend umkehren,

⁵ Das Bruttoinlandsprodukt betrug 2011 nur 73% des Niveaus von 1989. Quelle: Deutsche Botschaft Belgrad, http://www.belgrad.diplo.de/contentblob/3472832/Daten/2219555/download_WilInfo.pdf

⁶ Economist Intelligence Unit: Country Report Serbia, January 2012

⁷ The Economist 2012: A Balkan Cliffhanger, 25.02.2012

⁸ Labor Force Survey des Statistischen Büros der Republik Serbien, Oktober 2010 und November 2011



erwies sich als trügerisch. Die große Investitionswelle insbesondere deutscher und österreichischer Unternehmen in den 1990er Jahren hatte Serbien verpasst. Wer kam, tat das in erster Linie aufgrund der erschreckend niedrigen Löhne. Zwar konnte der ein oder andere Ansiedlungserfolg erzielt werden, eine Trendwende aber bisher nicht erreicht werden. Die Abhängigkeit von internationalen Investoren machte sich in der Wirtschaftskrise seit 2008 verstärkt bemerkbar. Die serbischen Werke sind oftmals die schwächsten Glieder in der Kette internationaler Konzerne. So war der serbische Staat Anfang 2012 gezwungen, das Stahlwerk in Smederevo vom US-Konzern US Steel zurückzukaufen. 5400 Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel, von denen in der Zulieferungsindustrie ganz zu schweigen. 2010 hatten die Stahlexporte aus der zentralserbischen Stadt noch 10% der serbischen Gesamtexporte betragen.⁹ Zur merkwürdigen Abwesenheit einer echten wirtschaftspolitischen Debatte zwischen Regierung und Opposition kommt hinzu, dass das IMF-Engagement im Land kaum medial und politisch infrage gestellt wird. Dabei sind die Sparprogramme aus Washington ambitioniert. So soll die Staatsquote von 49% (2009) auf 38% (2015) zurückgedrängt werden, wozu massive Kürzungen im Bereich von Löhnen, Renten und öffentlichen Investitionen vereinbart worden sind. Eine absehbare Besserung der Lage ist nicht in Sicht, wobei die Nichtdebatte im wirtschaftspolitischen Bereich darauf hindeutet, dass auch bei einem Regierungswechsel keine wesentlichen Veränderungen zu erwarten sind.

6. Gesellschaftspolitik: Ein Zivilisierungsprozess mit Rückfällen

Heller als die Wirtschaftspolitik leuchtet die Innen- und Gesellschaftspolitik. In der abgelaufenen Legislaturperiode hat Serbien einen politischen Zivilisierungsprozess durchlaufen, der bewirkte, dass aus politischen Feinden demokratische Konkurrenten wurden. Gewalt als Mittel der Politik wird heute von allen massgeblichen Regierungs- und Oppositionsparteien abgelehnt. Dies war 2008 noch anders als der damalige Premierminister Vojislav Kostunica nach Einschätzungen internationaler Beobachter der

⁹ [http://www.cbsnews.com/8301-202_162-57369159/serbia-buys-u.s-steel-plant-price-\\$1/](http://www.cbsnews.com/8301-202_162-57369159/serbia-buys-u.s-steel-plant-price-$1/)

Gewalt auf Belgrads Straßen freien Lauf ließ. Bei Großdemonstrationen gegen die Unabhängigkeit des Kosovo wurden damals die amerikanische Botschaft in Brand gesetzt, und weitere ausländische Botschaften demoliert. Die Demonstrationen gegen die Auslieferung des ehem. bosnischen Serbenpräsidenten Radovan Karadzic erreichten ebenfalls Ausmaße, die seither undenkbar sind. Die Festnahmen der mutmaßlichen Kriegsverbrecher Ratko Mladic und Goran Hadzic im Sommer 2011 provozierten weitaus geringfügigere Gewaltausbrüche. Auch schien die Polizei besser vorbereitet. Rückfälle in die Ära der extremnationalistisch und klerikalfaschistisch inspirierten Hooligan-Gewalt gab es insbesondere anlässlich der *Gay Parade* 2010. Durch ein Großaufgebot der Polizei verstand es der Staat jedoch, den Menschenrechten Geltung zu verschaffen und vollbrachte trotz tausender Randalierer und Gewalttäter das Kunststück, dass keiner der Demonstranten zu Schaden kam. Dass dieselbe Parade im Herbst letzten Jahres abgesagt wurde, hat zwar einen ähnlichen Gewaltausbruch verhindert. Die Haltung des serbischen Staates, insbesondere des Innenministers Dacic und des Belgrader Bürgermeisters Dragan Djilas, die auf Äquidistanz zu den Organisatoren der Parade und den potenziellen Gewalttätern aus dem Hooliganmilieu gingen, sprach jedoch dem Anspruch liberaler Rechtsstaatlichkeit Hohn. Die klerikalfaschistischen Organisationen bedankten sich öffentlich für diese Absage, die nichts weniger bedeutete, als dass der Staat – wohl eher aus politischen denn aus logistischen Gründen – vor ihrer Gewaltandrohung in die Knie gegangen war. Auf dem Rücken von Minderheiten lässt sich in Serbien weiterhin Politik machen. Auch der nicht anders als bizarr zu nennende Hungerstreik des Oppositionsführers Tomislav Nikolic im April 2011 gehört in die Kategorie Rückfall ins vordemokratische Zeitalter. Dass es sich eigentlich verbietet, ein solches Mittel gegen eine demokratisch gewählte Regierung einzusetzen, die zudem keinerlei verfassungswidriger Anwendungen schuldig war, hätte dem noch frisch proeuropäisch gewendeten Nikolic eigentlich einfallen sollen. Seine amerikanischen Berater haben ihn seither vor derart irrationalen Ausbrüchen bewahrt. Von ähnlichem Kopfschütteln müssen die Kriegsausserungen begleitet werden, die der sozialistische Innenminister Ivica Dacic mit Bezug auf Kosovo im



November 2011 an die Presse gab.¹⁰ Das Vertrauen unter den Staaten und den Völkern in der Region ist noch nicht so belastbar, dass eine solche Äusserung, zumal eines ehemaligen Parteigängers Milosevics, achselzuckend hingenommen wird.

Zusammenfassend lässt sich eine durchwachsende Bilanz der letzten vier Jahre ziehen. Die insgesamt erstaunlich stabile Regierungskoalition hat europa- und außenpolitisch viel bewegt. Sie hat Serbien auch politisch zivilisiert und zu einem berechenbaren Partner sowohl für Brüssel als auch für die Staaten in der Region gemacht. Dies ist umso höher zu veranschlagen, wenn man bedenkt, woher Serbien kam, und wie es noch 2008 auf der Kippe stand zwischen europäischem Kurs und einer Abwendung vom Westen. Die Kosovopolitik allerdings, an der die Vorgängerregierung einst zerbrochen war, wird auch in der kommenden Legislaturperiode von ganz zentraler Bedeutung bleiben. Das sog. Fussnoten-Abkommen, mit dem Belgrad den EU-Kandidatenstatus erkaufte, ist nicht das Ende, sondern der Anfang eines Prozesses, an dessen Abschluss Serbien nicht umhin kommen wird, die Unabhängigkeit seiner ehemaligen Provinz faktisch anzuerkennen. Kosovo steht weiterhin zwischen Serbiens europäischer Zukunft und einem Rückfall in die nationalistische Vergangenheit. Angesichts der düsteren ökonomischen Lage, kann letzterer keine Option sein. Mit seinem Versprechen, Wohlstand zu mehren und die Situation der Bevölkerung spürbar zu verbessern, ist das Regierungsbündnis vollauf gescheitert. Politisches Unvermögen trug daran weniger Schuld als der Ausbruch der Weltwirtschaftskrise. Trotzdem hat sich die Regierung nicht gerade um eine innovative Wirtschaftspolitik verdient gemacht. Allein der Inkompetenz der Opposition ist es zu verdanken, dass die Diskussion um wirtschaftliche Alternativen – durchaus auch jenseits des Wartens auf Brüsseler Geldströme – in diesem Wahlkampf wieder nicht geführt wird. Dabei sind es gerade diese Brot- und Butterthemen, die die Bevölkerung bewegen, und nicht die hochgradig fetischisierten Auseinandersetzungen um Europa und Kosovo.

¹⁰ B92: Dacic: Ako treba i rat za Kosovo, 24.11.2011

II. GRUNDLAGEN DES POLITISCHEN SYSTEMS

SERBIENS

Serbien zeichnet sich durch ein parlamentarisches Regierungssystem aus, das jedoch Züge eines parlamentarisch-präsidentiellen Systems aufweist.¹¹ Das Wahlvolk wählt über eine Listenwahl das Parlament, das wiederum aus seiner Mitte heraus auf Vorschlag des Präsidenten einen Ministerpräsidenten als Kopf der Regierung bestimmt. Ähnlich wie in Deutschland steht und fällt die Regierung mit der sie tragenden Parlamentsmehrheit. Die Position des Präsidenten ist verfassungsrechtlich gegenüber dem Ministerpräsidenten eher schwach. Seine Funktion besteht vor allem darin, den Staat nach Innen und Aussen zu repräsentieren. Dabei führt er nicht die Regierung, sondern wirkt vielmehr als „Moderator zwischen der Legislative und Exekutive.“¹² Gegenüber von der Nationalversammlung beschlossenen Gesetzen verfügt der Präsident lediglich über ein suspensives Vetorecht, das vom Parlament durch einfachen Mehrheitsbeschluss überstimmt werden kann. Er hat kein eigenes Recht zur Gesetzesinitiative. Auch auflösen kann er das Parlament nur auf einen Vorschlag der Regierung hin. Diese begrenzten, stark auf die Repräsentation beschränkten Kompetenzen stehen im Widerspruch zur hohen Legitimation, über die das Amt aufgrund der direkten Bürgerwahl verfügt. Faktisch dominierte der serbische Präsident seit 2008 die Entscheidungsprozesse jedoch in einem Maße, das deutlich über seine verfassungsrechtlichen Kompetenzen hinausging. Im Falle Boris Tadic's liegt dies daran, dass er gleichzeitig Vorsitzender der größten Regierungspartei ist, und mit dem vormaligen Finanzminister Mirko Cvetkovic ein Politiker mit schwachem parteipolitischen Rückhalt zum Ministerpräsidenten gewählt wurde, der sein Amt in erster Linie als Statthalter des Präsidenten ausübt. Historisch ist die starke Stellung des Präsidenten nichts ungewöhnliches. Schon Slobodan Milosevic dominierte die Politik des Landes mithilfe seines Charismas und seiner parteipolitischen Machtressourcen in einer Weise, die weit

¹¹ Irena Ristic 2009: Das politische System Serbiens., in: Wolfgang Ismayr (Hrsg.) 2009: Die politischen Systeme Osteuropas, S.906

¹² Ristic 2009: 907



über die eigentlichen Funktionen hinausging.¹³ In seiner ersten Amtszeit von 2004 bis 2008 war Präsident Tadic jedoch weitaus weniger mächtig als heute. Damals stand er, entweder als Oppositionsführer oder Koalitionspartner, einem machtbewussten Ministerpräsidenten Vojislav Kostunica gegenüber, der die Regierungsgeschäfte beherrschte. Diese Kohabitation verlief nicht ohne Konflikte, wie auch schon die erste Kohabitation nach der demokratischen Wende in Serbien als der Ministerpräsident Zoran Djindjic in vielen grundlegenden Fragen mit dem damaligen jugoslawischen Präsidenten Kostunica rang. Da 2012 Parlaments- und die erste Runde der Präsidentschaftswahlen auf denselben Tag fallen, ist eine erneute Kohabitation nicht ausgeschlossen. Im Falle eines konfrontativen Verhältnisses zwischen Präsident und Regierungsspitze sitzt die Regierung erfahrungsgemäß am längeren Hebel. Trotzdem wird sich die politische Öffentlichkeit nach der kurzfristig erfolgten Ankündigung der Präsidentschaftswahlen vor allem auf diese konzentrieren. Es ist somit wahrscheinlich, dass die Zugkraft der beiden aussichtsreichsten Kandidaten, Amtsinhaber Boris Tadic und der Herausforderer von Seiten der Fortschrittspartei, Tomislav Nikolic, auch auf ihre Parteien ausstrahlt. Sollte am Abend des 06. Mai zudem ein deutlicher Sieger der Parlamentswahlen feststehen, wäre dies gleichbedeutend mit einem erheblichen Popularitätsschub für den Kandidaten des siegreichen Lagers. Umfragen zufolge ist bisher nicht davon auszugehen, dass einer der Kandidaten bereits im ersten Wahlgang die erforderliche absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen erreicht.

Bei den Wahlen zur Präsidentschaft ergibt sich in diesem Jahr eine Besonderheit dadurch, dass Präsident Tadic nach 2004 und 2008 bereits zum dritten Mal antritt. Die serbische Verfassung erlaubt nur zwei konsekutive Amtsperioden. Da sie jedoch erst 2006, also zur Hälfte von Tadic's erster Amtszeit verabschiedet wurde, gilt 2008 – 2012 verfassungsrechtlich als dessen erste Amtszeit, was ihm folglich eine erneute Kandidatur erlaubt.

Das serbische Parlament besteht aus nur einer Kammer: der Narodna Skupstina, der serbischen

¹³ Milosevic war von 1989 bis 1997 Präsident Serbiens, dann von 1997 bis 2000 Präsident der Bundesrepublik Jugoslawien.

Nationalversammlung. Es setzt sich aus 250 Abgeordneten zusammen, die über Parteilisten auf vier Jahre gewählt werden. Bis zur Reform des Wahlrechts 2011 waren diese Listen offen, d.h. die Parteien konnten nach der Wahl selbst bestimmen, welche Vertreter sie ins Parlament entsandten ohne dabei an eine Reihenfolge gebunden zu sein. Dies und die Tatsache, dass alle Abgeordneten zu Beginn der Legislaturperiode Blanko-Rücktrittserklärungen unterschreiben mussten, stattete die Parteiführungen mit übermäßiger Macht aus, und führte das freie Mandat als Grundlage demokratischer Parlamentsarbeit *ad absurdum*. Auf Druck aus Brüssel wurden die offenen Listen und die Blanko-Rücktrittserklärungen 2011 abgeschafft. Die Macht der Parteien bleibt allerdings weiter groß, da ganz Serbien als ein einziger Wahlkreis fungiert. Die Abgeordneten sind somit nicht einer bestimmten Stadt oder Region verpflichtet, in der sie eine eigene Anhängerschaft aufbauen könnten, sondern allein ihrer Parteiführung. Es besteht landesweit eine 5%-Sperrklausel, von der Formationen der ethnischen und religiösen Minderheiten ausgenommen sind. Das Ziel mit dieser Eintrittshürde, eine zu große Zersplitterung der Parteienlandschaft im Parlament zu vermeiden, ist nicht erreicht worden. Kleinere und Kleinstparteien sind diese Hürde erfolgreich umgangen, indem sie Vorwahlkoalitionen untereinander oder mit größeren Parteien eingingen. Aufgrund oftmals knapper Wahlausgänge und der Notwendigkeit, Mehrparteienkoalitionen zu bilden, ist ihre Verhandlungsmacht überproportional hoch. In der gegenwärtigen Nationalversammlung gibt es 12 parlamentarische Fraktionen, die sich aus Mitgliedern von 23 Parteien zusammensetzen. Davon haben 17 Parteien nur fünf oder weniger Abgeordnete. Unter diesen Umständen mutet es nachvollziehbar an, dass mit Ausnahme der gegenwärtigen Koalition seit 2001 kein Regierungsbündnis über die Länge einen gesamten Legislatur Bestand hatte, und Neuwahlen die Norm darstellten.

Trotz vertrauter politischer Selbstbezeichnungen als liberal, konservativ, sozialdemokratisch oder nationalistisch sind die serbischen Parteien nicht ohne weiteres mit den politischen Formationen gleichzusetzen, die in Westeuropa vorherrschen. Im Westen des Kontinents dominieren im weberschen Sinne „wertrationale



Gesinnungsgemeinschaften¹⁴, die die Propagierung gewisser Weltanschauungen und Wertehaltungen mit der Interessensvertretung von gesellschaftlichen Großgruppen verbinden. Diese Orientierung auf Programme, insbesondere strukturiert durch den Hauptgegensatz Kapital – Arbeit, mutet in Serbien fremd an. Parteien fungieren hier in erster Linie als klientelistische Netzwerke, deren Zweck und somit Nutzen für ihre Anhänger darin besteht, staatliche Ressourcen zu erobern. Neben dem reinen Nutzenkalkül, das erheblich zur Volatilität der Wählerpräferenzen beiträgt, spielen charismatische Führungspersönlichkeiten und sehr generell gehaltene Mentalitätsunterschiede die entscheidenden Rollen bei der Wahlentscheidung. In der turbulenten Geschichte der letzten zwei Jahrzehnte waren serbische Wähler zudem bei Wahlen fast immer mit Entscheidungen von fundamentaler Tragweite konfrontiert: Für oder gegen die Milosevic-Diktator, für oder gegen einen europäischen Kurs den Landes. Eine durch einen demokratischen Grundkonsens geprägte Parteienlandschaft ist in Serbiens erst seit 2008 entstanden, wobei die inhaltliche Annäherung an diesen generell proeuropäischen Grundkonsens sich in der Mentalität der politischen Akteure noch nicht widerspiegelt. Die politische Rhetorik zwischen Regierungs- und Oppositionslager ist von Feindseligkeit geprägt. Wie im weiteren noch analysiert werden wird, wird 2012 das erste Jahr sein, in dem eine Wahl ohne Grundsatzentscheid über den Kurs den Landes abgehalten wird.

Die übermäßige Fixierung der Parteien auf einzelne, charismatische Führungspersönlichkeiten zeigt sich beim Blick auf die heutigen Parteivorsitzenden. Mit Ausnahme der Demokraten (DS) und Sozialisten (SPS), deren Gründer bzw. langjährige Führer entweder ermordet wurden oder in Haft verstorben sind, werden nahezu alle Parteien seit ihrer Gründung von denselben Personen geführt. Dies gilt für Tomislav Nikolic (SNS), Vojislav Kostunica (DSS), Cedomir Jovanovic (LDP), Vojislav Seselj (SRS), Velimir Ilic (NS), Vuk Draskovic (SPO), Nenad Canak (LSV) und viele andere. Demokratisch organisierte Wechsel an der Parteispitze finden kaum einmal statt. Dass sich die Parteien faktisch im Eigentum ihrer Vorsitzenden befinden,

zeigt auch die Tatsache, dass diese selbst nach größten Niederlagen oder atemberaubend anmutenden ideologischen Volten parteiintern nicht infragegestellt werden. Vuk Draskovic, einst als Tschetnik-verehrender serbischer Nationalist gestartet, ist mit seiner Serbischen Erneuerungsbewegung (SPO) mittlerweile an der Seite der für NATO, EU und *Gay Pride* eintretenden Liberaldemokratischen Partei (LDP) gelandet. Auch Vojislav Kostunica, dem langjährigen Präsidenten und Premierminister, konnte der Absturz seiner DSS auf 5% in der Wählergunst innerparteilich nichts anhaben. Dem heutigen Oppositionsführer und ehemaligem Radikalnationalisten Tomislav Nikolic ist sogar das Kunststück gelungen, den Großteil seiner Wähler von den Radikalen in seine neugegründete Fortschrittspartei (SNS) herüberzulotsen, obwohl deren Haltung zum EU-Beitritt alles karikiert, was er als ehemalige Führungsfigur der Radikalen Partei (SRS) über die letzten zwei Jahrzehnte propagiert hatte. Hier zeigt sich, dass bei Wählern und Anhängern die Loyalität zu politischen Führern häufig größer ist als die Orientierung an politischen Programmen.

Anders als in Westeuropa lässt sich zudem keinerlei Bindung von bestimmten sozialen Gruppen an einzelne Parteien erkennen. Die serbischen Parteien selbst, mit Ausnahme der Minderheitengruppierungen, scheinen eine feste soziale Verortung auch nicht anzustreben. Alle relevanten Parteien präsentieren sich als Volksparteien, die allen Wählern eine Heimat geben wollen. Das Wahlverhalten ist dementsprechend volatil. Allerdings ist festzustellen, dass ein bedeutender Teil der Wähler klare Präferenzen für jeweils eines der beiden Lager hat, die sich seit 1989 in der serbischen Parteienlandschaft ausgeprägt haben. Dies waren bis 2000 das Pro- und Anti-Milosevic-Lager, und danach ein demokratisches und undemokratisches, bzw. ein europäisches und nationalistisches Lager. Innerhalb dieser Lager war die Wählervolatilität deutlich höher als über die Lagergrenzen hinweg, was darauf hindeutet, dass Teile des serbischen Wahlvolks grundsätzliche politische Vorstellungen von der Verortung ihres Landes haben, die einander ausschließen.

¹⁴ Michael Ehrke 2009: Sozialdemokratische Parteien in Zentral- und Südosteuropa, S. 3. <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/06878.pdf>



III. DAS PARTEIENSYSTEM SERBIENS SEIT 2000

Überblick über die Wahlergebnisse und Regierungen seit 2000

Parlamentswahlen				
	2000	2003	2007	2008
DOS	64,4%	-	-	-
DS	in DOS	12,6%	22,7%	38,4% ¹⁵
DSS	in DOS	17,7%	16,5% ¹⁶	11,6% ¹⁷
G17plus	-	11,5%	6,8%	mit DS
SPO	3,7%	7,7% ¹⁸	3,3%	mit DS
LDP	-	-	5,3% ¹⁹	5,2% ²⁰
SPS	13,5%	7,6%	5,6%	7,6% ²¹
SRS	8,5%	27,6%	28,6%	29,4%
Sonstige	9,9%	15,3%	11,2%	7,8%

Präsidentenwahlen (Stichwahlen)		
Jahr	Gewinnende Partei	Verlierende Partei
2000 (Jugoslawien)	Vojislav Kostunica (DSS)	Slobodan Milosevic (SPS)
	51,7%	38,2%
2004	Boris Tadic (DS)	Tomislav Nikolic (SRS)
	54,0%	46,0%
2008	Boris Tadic (DS)	Tomislav Nikolic (SRS)
	50,3%	48,0%

Regierungen			
Ministerpräsident	Partei	Amtszeit	Koalition
Zoran Djindjic	DS	25.01.2001 – – 12.03.2003	DOS
Zoran Zivkovic	DS	18.03.2003 – – 03.03.2004	DOS
Vojislav Kostunica	DSS	03.03.2004 – –	DSS, G17plu

¹⁵ Koalition ZES (Für ein europäisches Serbien): DS, G17plus, SPO, LSV, SDP

¹⁶ DSS und NS

¹⁷ DSS und NS

¹⁸ SPO und NS

¹⁹ LDP, GSS, SDU und LSV

²⁰ LDP und SDU

²¹ SPS, PUPS und JS

		15.05.2007	s, SPO, NS
Vojislav Kostunica	DSS	15.05.2007 – 07.07.2008	DSS, DS, G17plu s
Mirko Cvetkovic	parteilos, DS-nah	Seit 07.07.2008	DS, G17plu s, SPS, SPO, LSV, SDPS, PUPS, JS

Präsidenten			
Präsident Jugoslawiens	Partei	Amtszeit	Unterstützende Parteien im ersten Wahlgang
Vojislav Kostunica	DSS	07.10.2000 – 07.03.2003	DOS (DSS, DS, GSS et al.)
Präsident Serbiens			
Milan Milutinovic	SPS	29.12.1997 – 29.12.2002	SPS, JUL
Amt nur kommissarisch ausgeübt	GSS, DSS, SPO, G17plus	30.12.2002 – 11.07.2004	
Boris Tadic	DS	11.07.2004 – 13.12.2007	DS
Boris Tadic	DS	15.02.2008 – 05.04.2012	DS, G17plus, SDP

Seit der verspäteten demokratischen Revolution in Serbien, die durch die Belgrader Massendemonstrationen vom 05. Oktober 2000 erzwungen wurde, hat das serbische Parteiensystem mehrere Entwicklungsstadien durchlaufen. Die Parteienlandschaft wurde dabei entlang zweier Hauptbruchlinien strukturiert. Dies waren der nachwirkende Gegensatz aus der Milosevic-Ära zwischen Regime- und demokratischem Lager sowie die Haltung der Parteien zum EU-Beitritt des Landes. Während die erste Bruchlinie mit der Zeit ihre strukturierende Funktion verlor, gewann der Gegensatz zwischen EU-Befürwortern



und Gegnern an Bedeutung. Erst nach den letzten Parlamentswahlen 2008 setzte sich in Serbien ein grundlegend proeuropäischer Konsens durch.

Anders als unter dem Regime des Slobodan Milosevic, in dem die Sozialistische Partei Serbiens (SPS) eine hegemoniale Stellung einnahm, konnte nach der demokratischen Revolution keine Partei eine ähnlich dominante Position erringen. Vielmehr ist Serbien seither durch einen moderaten Parteienpluralismus gekennzeichnet, bei dem einige größere mehreren mittleren und vielen Kleinstparteien gegenüberstehen. Von den ersten freien Wahlen im Jahre 2000 bis 2008 wirkte die Hauptscheidelinie zwischen ehemaligen Regime- und demokratischen Parteien nach. Auf der einen Seite standen die im Wahlbündnis DOS zusammengeschlossenen Formationen, allen voran die Demokratische Partei (DS) und die Demokratische Partei Serbiens (DSS). Hinzu kamen die nach 2000 gegründete liberale G17plus sowie die ebenfalls im Widerstand gegen Milosevic aktive Serbische Erneuerungsbewegung (SPO). Auf der anderen Seite befanden sich die Sozialistische Partei Serbiens (SPS) sowie die ultranationalistische Serbische Radikale Partei (SRS), die beide dem revolutionären Umbruch die Legitimität absprachen, einen nationalistischen, dezidiert antiwestlichen Politikumschwung propagierten und somit im demokratischen Serbien zuerst klare Antisystemparteien darstellten. Aus diesem Grunde wurden sie nach 2000 von Seiten der demokratischen Parteien von der Teilnahme an Regierungskoalitionen ausgeschlossen. Dieser Ausschluss von der Macht betraf zeitweilig über ein Drittel der Wählerschaft und bedrohte somit die politische Stabilität des Landes. Bei jeder Wahl stellte sich dem Wahlvolk erneut die Frage, ob die Wende von 2000 zurückgedreht werde. Die Isolation von Sozialisten und Radikalen bewirkte indes, dass die wesentlichen Auseinandersetzungen um den Kurs des Landes innerhalb des demokratischen Lagers stattfanden. Prägend war dort der Gegensatz ihrer führenden Politiker. Ministerpräsident Zoran Djindjic von der sozialliberalen DS verfocht eine auf den Westen ausgerichtete politische Erneuerung Serbiens, die auf einen völligen Bruch mit dem *Ancien Régime* Milosevics und der Zeit vor 1989 hinauslief. Sein Rivale Kostunica von der nationalkonservativen DSS favorisierte als jugoslawischer Präsident einen legalistischen Kurs, der die Nationalstaatlichkeit über die Europäisierung stellte und eher die Kontinuität als den Bruch mit der Zeit vor

der Revolution betonte. Dieser Gegensatz zwischen Reformismus und Legalismus, der sich immer mehr zu einer grundsätzlichen Konfrontation zwischen proeuropäischem und nationalistischem Kurs ausweiten sollte, überlagerte allmählich die ältere Bruchlinie zwischen System- und Antisystemparteien. Bereits nach den Wahlen 2003 liess sich die von der DSS geführte Minderheitsregierung im Parlament durch die Sozialisten stützen. Der aufgrund der Kosovofrage zunehmend europakritisch agierende Premierminister Kostunica stand im Mai 2007 sogar kurz vor einem Regierungsbündnis mit der Radikalen Partei (SRS), das nur durch massive Zugeständnisse der Demokraten (DS) bei der Regierungsbildung noch abgewendet werden konnte. Während die DSS immer weiter nach rechts driftete, näherten sich die Sozialisten der politischen Mitte an. Spätestens seit ihrer parlamentarischen Unterstützung der ersten Kostunica-Regierung ab 2004 konnten sie nicht mehr als Antisystempartei qualifiziert werden – sehr zum Unmut ihres in Den Haag inhaftierten Parteiführers Slobodan Milosevic, der sich vor seinem Tod 2006 öffentlich von seiner eigenen Partei distanzierte und zur Wahl der Radikalen aufrief. Selbst für die Radikalen wurde das Etikett Antisystempartei fragwürdig. Gemeinsam mit fast allen politischen Kräften des Landes unterstützten sie die Verabschiedung der Verfassung von 2006. Als einzige überregionale Kraft stellte sich die 2006 gegründete, das Erbe Djindjics beanspruchende Liberaldemokratische Partei (LDP) gegen diese Verfassung, die den serbischen Anspruch auf Kosovo bereits in der Präambel festschreibt. In der Kosovofrage ebenso wie bei der Haltung zur NATO stehen die Liberaldemokraten allein gegen einen parteiübergreifenden Konsens, der die Gegensätze zwischen europäischem und nationalistischem Lager überbrückt.

Der alte Systemparteiengegensatz aus der Milosevic-Ära wurde bei den Wahlen 2008 endgültig überwunden und ersetzt durch die Konfrontation zwischen proeuropäischem und nationalistischem Lager. Die Demokratische Partei führte ersteres an, das neben der liberalkonservativen G17plus, den Liberaldemokraten und einigen Kleinparteien nun auch die gewendeten Sozialisten (SPS) umfasste. Kostunicas DSS, damals noch Alliierte der Europäischen Volkspartei (EVP), hat sich nach der Unabhängigkeitserklärung Kosovos dagegen deutlich im nationalistischen Lager repositioniert. Dessen größte



Formation stellten die Radikalen, die eine Regierungsübernahme einzig und allein durch die Wende der Sozialisten verpassten. Der politischen Neuerfindung der ehemaligen Milosevic-Partei folgte wenige Monate nach der Wahl die Spaltung der Radikalen. Durch die Gründung der Serbischen Fortschrittspartei (SNS), die die proeuropäischen Prämissen des ehemals feindlichen Lagers vollends übernahm und der es überdies gelang, den Großteil der radikalen Wählerschaft auf ihre Seite zu ziehen, wurde das nationalistische Lager vollends marginalisiert.

Zum ersten Mal in der Geschichte der noch jungen serbischen Demokratie gehören damit die beiden größten Parteien DS und SNS, sowie die Mehrheit der mittleren und Kleinparteien einem durch Grundkonsens geeinten proeuropäischen Lager an. Das verbleibende nationalistische Lager aus DSS und Radikalen vereint nur mehr 10% bis 15% der Wählerschaft. Die Parlamentswahl 2012 wird die erste Wahl seit 2000 sein, bei der sich nicht zwei sich gegenseitig ausschliessende Grundauffassungen über den Kurs Serbiens gegenüberstehen. Die Wahlentscheidung erfolgt zwischen zwei Parteien, die ein grundlegender Konsens in wichtigen außen- und europapolitischen Fragen eint. Das hohe Maß an inhaltlichen Gemeinsamkeiten und das Bekenntnis zur europäischen Zukunft des Landes hat bisher allerdings nicht zu einem pfleglicheren Umgang miteinander geführt. Die inhaltlichen Differenzen mögen überwunden sein, in der Mentalität der Parteien, ihrer Funktionäre und Anhängerschaften bestehen die alten Lagergrenzen fort. Für die Fortschrittler, als wären sie noch Radikale, stellen die Demokraten eine Mafia dar, die Serbien niedergewirtschaftet, verkauft und dafür hohe Provisionen eingestrichen hat. Für die Demokraten wäre ein Wahlsieg der Fortschrittspartei gleichbedeutend mit einem Rückfall ins dunkle Zeitalter der Kriege und Milosevic-Diktatur. Der hässliche Gegensatz, der inhaltlich, will man den Deklarationen beider Seiten Glauben schenken, jeder Substanz entbehrt, wird rhetorisch weiter geschürt.

IV. PARTEIEN, KANDIDATEN UND PROGRAMME

1. Demokratska Stranka (DS)

Die Demokratische Partei befindet sich seit 2008 auf dem Höhepunkt ihrer Macht. Nie zuvor seit Milosevics Zeiten

hat eine einzelne Partei das Land mehr dominiert als heute die Demokraten. Sie stellen gegenwärtig den Präsidenten und den Premierminister des Staates, ferner den Regierungschef der Autonomen Provinz Vojvodina ebenso wie die Bürgermeister der drei größten Städte Belgrad, Novi Sad und Nis. Die anstehenden Wahlen in diesem Jahr, in denen nicht nur das Parlament, sondern auch die Präsidentschaft und die Gemeindevertretungen neu zu besetzen sind, stellen für die DS eine gigantische Herausforderung dar, ihre herausragende Machtstellung zu verteidigen.

Die Rolle als führende Partei Serbiens war den Demokraten nicht in die Wiege gelegt. 1989 von einer Gruppe antikommunistischer Intellektueller gegründet, sah sich die DS in der Traditionslinie der alten Demokratischen Partei aus dem ersten Jugoslawien. Ziel war es wie damals die Modernisierung des Landes voranzutreiben, es an Europa anzunähern. Der Erfolg der Partei war zunächst begrenzt, was nicht zuletzt daran lag, dass sie von sozialdemokratischen über liberale bis zu konservativen und nationalistischen Kräften alles aus dem Potpourri der Opposition gegen den jugoslawischen Kommunismus vereinte. Eher ein Honorationsverein, der intellektuellen Debatten frönte, verblasste sie hinter der schlagkräftigen Serbischen Erneuerungsbewegung (SPO) des charismatischen Volkstribunen Vuk Draskovic, der es weit besser verstand, die widerständig gesonnenen Teile der Bevölkerung zu begeistern. Erst der Aufstieg Zoran Djindjics an ihre Spitze machte die Demokraten zu einer ersatznehmenden Kraft der Anti-Milosevic-Bewegung. Djindjic, dieses politische Ausnahmetalent, war der Mastermind hinter der Revolution vom Oktober 2000. Obwohl heute, viele Jahre nach seiner Ermordung im Lande als politische Lichtgestalt verehrt, war sich Djindjic zu seinen Lebzeiten durchaus seiner Defizite bewusst. Viel zu fordernd, zu kontrovers und zu modern war er dem serbischen Volk, das in den 1990er Jahren tief in den ideologischen Abgründen des Milosevic-Regimes, das doch lange als Zustimmungsdiktatur funktionierte, gefangen war. Nicht Djindjic, sondern nur der ehrliche Nationalist Kostunica konnte Milosevic elektoral das Wasser reichen. Nach seiner Ermordung mag der Trauerzug durch Belgrad lang gewesen sein, bei den Wahlen fast ein Jahr später stürzten die Demokraten ab. Das Wahlvolk war der Reformen müde und bevorzugte Kostunica und die Radikalen. Die Wende zur führenden



Kraft mit Volkspartei-Charakter wurde durch Djindjic zwar eingeleitet. Er bestand auf tragfähigen Strukturen, die aus der DS bis heute die einzige serbische Partei machen, die tatsächlich landesweit verankert ist, einen kompetenten Funktionärskörper und ein Mindestmaß an innerparteilicher Demokratie aufweist. Die Wende zur Volkspartei sollte jedoch erst mit dem Aufstieg von Boris Tadic an die Parteispitze und seiner Wahl zum Präsidenten des Landes 2004, nur wenige Monate nach der verheerenden Niederlage bei den Parlamentswahlen, gelingen. Dort wo Djindjic die Menschen durch seinen dynamischen Reformismus zu viel forderte, agiert Tadic als konsensuale Figur. Dieses Streben nach Konsens, das zuweilen einen erheblichen Spagat darstellt, wird nirgends besser ausgedrückt als durch die Politik *Kosovo und EU*. Moderate Nationalisten und Sozialkonservative sollen ebenso angesprochen werden wie liberale und sozialdemokratisch-orientierte Proeuropäer. Die DS ist heute *die* Partei der europäischen, aber doch nationalbewussten Mitte der serbischen Gesellschaft. Aufstiegsorientiert, Europa zugewandt und doch dezidiert die Interessen des serbischen Nationalstaats und seines auch ausserhalb dieser Grenzen lebenden Staatsvolkes verteidigend sieht sie sich als Formation, die ihre Kraft eher aus dem Konsens denn aus der Konfrontation zieht. Ihre historische Legitimität zieht sie aus ihrem Kampf gegen die Milosevic-Diktatur und die Kräfte der dunklen Zeit, den sie mit dem Blutopfer ihres begabtesten Politikers bezahlt hat. Ideologisch ist sie in einem westeuropäischen Schema schwer zu verorten. Sie ist eine Partei neuen Typs, die das verkörpert, was in den meisten westeuropäischen Staaten – lange Zeit nicht jedoch in Serbien – zum politischen Grundkonsens gehört: Demokratie, liberaler Rechtsstaat, Menschenrechte und Marktwirtschaft. Darüber hinaus sind in ihr Politiker jeglicher Couleur zu finden: von nationalkonservativ über klassisch-liberal bis hin zu modernen Sozialdemokraten. Die aussenpolitische Orientierung an der Sozialdemokratie – die DS ist Mitglied der Sozialistischen Internationale und hat Beobachterstatus in der SPE – war in erster Linie dem persönlichen Impetus ihres langjährigen Parteiführers Djindjic geschuldet, der in seiner Zeit in Deutschland eine linke politische Sozialisation durchlaufen hat und darüber hinaus als Premierminister enge Beziehungen zum damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder unterhielt. Ihrer ganzen Geschichte und Politik nach ist die Demokratische Partei keinesfalls eine traditionell

sozialdemokratische Kraft, sondern wäre ebenso anschlussfähig an Europas Konservative oder Liberale. Erst in jüngerer Zeit durchläuft die Partei einen Prozess der Sozialdemokratisierung,²² der freilich erschwert wird dadurch, dass häufig unsicher ist, wie sich eine genuin sozialdemokratische Kraft in einem Land, in dem der Konflikt Arbeit – Kapital historisch hinter andere Konfliktlinien zurückfällt, positionieren kann.

Die Wählerschaft der Demokratischen Partei ist heterogen. Generell lassen sich in Serbien nur schwer eindeutige Verbindungen zwischen sozialen Großgruppen und Wählerverhalten herstellen.²³ Befragungen haben ergeben, dass die DS im besonderen auf besser ausgebildete, jüngere und städtische Wähler zählen kann. Ihre Anhänger sind weniger religiös und weniger autoritär gesinnt als der durchschnittliche Bürger, und darüber hinaus häufiger im Privatsektor beschäftigt. Die europäische Integration und die Zusammenarbeit mit dem Haager Tribunal sind ihnen häufiger ein Anliegen als den Anhängern anderer Parteien. Von der Struktur der Wählerschaft steht die DS der LDP und der G17plus am nächsten, also zwei Parteien, die sich auf europäischer Ebene den Liberalen bzw. den Konservativen zugehörig fühlen. Dies ist ein weiterer Hinweis darauf, dass die Bruchlinien im politischen System in Serbien nicht deckungsgleich mit denen in Mittel- und Westeuropa sind. Die Orientierung an Europa, sowie die Ablehnung eines übersteigerten Nationalismus sind gewichtiger als der Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital.²⁴

Im Wahlkampf stellt die DS vor allem Präsident Boris Tadic in den Mittelpunkt. Tadic bleibt Umfragen zufolge der populärste Politiker des Landes,²⁵ und hat als Kandidat der Demokraten gute Chancen, als Präsident wiedergewählt zu werden. Beim derzeitigen Ministerpräsidenten Mirko Cvetkovic ist dagegen so gut wie sicher, dass er dasselbe Amt nach der Wahl nicht mehr bekleiden wird. Der parteilose Ökonom diente lediglich als Statthalter des Präsidenten an der Regierungsspitze, der diesem aufgrund fehlenden Rückhalts sowohl in der Partei als auch in der

²² Slavisa Orlovic 2011: Partijski Sistem Srbije, S. 35, in: Friedrich-Ebert-Stiftung et al. 2011: Partije i Izbori u Srbiji – 20 Godina

²³ Irena Ristic, S. 917

²⁴ Slavisa Orlovic 2001: Partijski Sistem Srbije, S. 35

²⁵ Politika: Samo 21 odsto gradjana zna za koga ce glasati, 03.02.2012



Bevölkerung nie gefährlich werden konnte. Cvetkovic ist nach 4 Jahren im Amt unpopulär beim Wahlvolk. Aufgrund eher geringer medialer Präsenz, insbesondere im Gegensatz zu mehreren seiner Minister, wird man ihn kaum vermissen. Sein Nachfolger im Falle eines Wahlsieges der Demokraten steht noch nicht fest. Da sich der beliebte Belgrader Bürgermeister Dragan Djilas, der auch als mittelfristiger Nachfolger Tadic's gehandelt wird, für eine weitere Kandidatur in der Hauptstadt entschieden hat, könnte es auf den derzeitigen Landwirtschaftsminister Dusan Petrovic hinauslaufen. Petrovic ist nicht nur ein enger Vertrauter Tadic's, dem er seit seiner Anfangszeit als Parteivorsitzender stets loyal zur Seite stand, sondern auch selbst Vizepräsident der Partei. Damit verfügt er zwar über parteiinternen Rückhalt. In der Bevölkerung ist der ehemalige Bürgermeister der westserbischen Stadt Sabac jedoch wenig bekannt. Anders als der Belgrader Bürgermeister Djilas, der populäre Regierungschef der Vojvodina Bojan Pajtic, oder Aussenminister Vuk Jeremic könnte Petrovic Tadic als loyaler Premier ohne zu große Ambitionen dienen.

Sollte es zum Fall kommen, dass die Demokraten zwar die neue Regierung anführen, Boris Tadic jedoch bei der Präsidentschaftswahl unterliegt, ist davon auszugehen, dass der aus dem Amt scheidende Präsident Ministerpräsident seiner Partei wird.

2. Srpska Napredna Stranka (SNS)

Die 2008 als Spaltprodukt der Radikalen Partei entstandene Serbische Fortschrittspartei gibt bei den kommenden Wahlen das größte Rätsel auf. Zwar ist die Partei bisher noch zu keiner Wahl angetreten. In Umfragen rangiert sie jedoch seit 2010 an erster Stelle, teilweise mit deutlichem Abstand zur regierenden Demokratischen Partei (DS). Die Spaltung der ultranationalistischen Radikalen Partei (SRS) war ein Meilenstein auf Serbiens Weg Richtung Europa, hat sie doch das nationalistische Lager tödlich geschwächt und einen erheblichen Anteil der nationalbewussten Wählerschaft ins europäische Lager überführt. Der proeuropäischen Regierung war mit der Entstehung der Fortschrittspartei zwar ein ernsthafter politischer Konkurrent erwachsen, trotzdem konnte sie den Zusammenbruch der Radikalen Partei als ihren Erfolg verkaufen. Die SNS hatte es zudem der Unterstützung der

Demokraten zu verdanken, dass sie aus Abweichlern der Radikalen eine eigene Fraktion in der Nationalversammlung konstituieren konnte.

Politisch stand am Beginn der Spaltung ganz wesentlich der Streit zwischen dem in Den Haag einsitzenden radikalen Parteiführer und mutmasslichen Kriegsverbrecher Vojislav Seselj und seinem bis dahin loyalen Belgrader Statthalter Tomislav Nikolic. Als Kandidat der Radikalen war Nikolic bei den beiden letzten Präsidentschaftswahlen Boris Tadic nur äusserst knapp unterlegen. Nikolic's Unterstützung der Unterzeichnung des Stabilitäts- und Assoziierungsabkommens (SAA) mit der EU, ebenso wie seine Enttäuschung über hinter seinem Rücken stattfindende Koalitionsverhandlungen, die Seselj von den Niederlanden aus mit dem DSS-Parteichef Kostunica führte, brachten den endgültigen Bruch. Seitdem sind die einstigen Weggefährten tief verfeindet. Nikolic beschuldigte Seselj, seine Ermordung angeordnet zu haben. Der Radikalenführer selbst ruft vor den anstehenden Wahlen dazu auf, die Fortschrittspartei politisch zu „vernichten“.²⁶

Die Gretchenfrage bleibt, welche Bedeutung der proeuropäischen Wende Nikolic's beizumessen ist. Handelt es sich nur um eine rhetorische Finte, um den nationalen wie internationalen Widerstand gegen eine Regierungsbeteiligung abzuschwächen? Oder steckt hinter der Abkehr von allem, was man in den letzten zwei Jahrzehnten an aggressivem Chauvinismus, Kriegstreiberei und unglaublichen Geschmacklosigkeiten²⁷ gepredigt hat, die aufrichtige Einsicht, dass Serbien nur als integrierter Teil Europas eine Zukunft in Frieden und Wohlstand habe? Ungeachtet der Einschätzung der inneren Motivationen der Entscheidungsträger, die spekulativ bleiben muss, lässt sich sagen, dass der Entscheidung eine nicht unwesentliche Portion Opportunismus zugrunde lag. Nach der europäischen Kehrtwende der Sozialisten sah sich Nikolic endgültig in einer Sackgasse. Er argumentierte, dass die „Radikalen nie den Wunsch verspürten, die Macht zu erlangen.“ Die Serbische Fortschrittspartei sei anders.

²⁶ Danas, 12.02.2012: Seselj: Cilj politicko unistenje naprednjaka

²⁷ Vojislav Seselj hetzte wie kein Zweiter gegen die Politik und Person Zoran Djindjics. Nach dessen Ermordung feierte er den Attentäter Zvezdan Jovanovic und behauptete, dieser würde denselben „Ruhm“ verdienen wie Gavriilo Princip, jener junge serbische Nationalist, der 1914 den österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand erschoss.



„Wir sind eine pro-europäische Partei. Wenn wir gegen die EU stünden, wären wir niemals in der Lage in Serbien Wahlen zu gewinnen.“²⁸ Die Aussicht, an die Fleischtöpfe der Macht zu gelangen war mindestens ebenso verlockend, wie die Einsicht in die Notwendigkeit einer politischen Wende. Zumal Nikolic sich dagegen verwehrt, seinen Standpunkt je geändert zu haben, sei er doch schon seit Jahren für einen EU-Beitritt gewesen, aber eben nicht „auf Knien“ wie ihn die Demokratische Partei vollzöge.²⁹

Ob ideologische Kehrtwende oder nicht, die Wähler gaben Nikolic recht. Die Radikale Partei, jahrelang die stärkste Kraft im Land, ist auf einen Bruchteil ihrer Wählerschaft zusammengeschrumpft und muss bei der anstehenden Parlamentswahl sogar die 5%-Sperrklausel fürchten. Die Fortschrittspartei dagegen hat gute Chancen, wenn nicht gar die Regierung, dann doch die stärkste Fraktion im Parlament zu stellen. Dass Nikolic seinen proeuropäischen Kurs ernsthaft verfolgt, ist an der Veränderung der Parteihetorik abzulesen. Zwar wird die DS-geführte Regierungskoalition weiterhin hart attackiert, in vielen Sachfragen jedoch scheint der ehemals wortgewaltige Oppositionsführer Kreide gefressen zu haben. Europafeindliche Äusserungen sind nicht mehr zu vernehmen, auch bei der Verhaftung des mutmasslichen Kriegsverbrechers Ratko Mladic hielt man sich auffällig zurück – obwohl Umfragen zufolge ihn 40% der Serben als Held betrachten und überdies eine Mehrheit seine Auslieferung ablehnte. Dem populistischen Potenzial volksnaher Äusserungen hat die Parteiführung hier widerstanden. Gleiches gilt für die Kosovopolitik, in der Unterschiede zum Regierungsbündnis allenfalls mit der Lupe erkennbar sind. Die Unruhen im Norden der ehemaligen Provinz haben die Fortschrittler jedenfalls nicht dazu veranlasst, die Regierung noch mehr zu treiben, als diese ohnehin schon getrieben war. Generell verfolgt die SNS Politikziele – die Aufrechterhaltung der territorialen Integrität des Landes, militärische Neutralität, weitergehende, aber faire Privatisierung der Wirtschaft – die sich kaum von denen der Demokratischen Partei unterscheiden. Allenfalls im Hinblick auf Bosnien gibt es einen Unterschied. So fordert die SNS „in der Zukunft“ und „auf friedlichem Wege“ die Schaffung eines

gemeinsamen Staates des serbischen Volkes auf dem Gebiet sowohl der Republik Serbien als auch der bosnischen Entität Republika Srpska.³⁰

International wurde die programmatische Neuaufstellung durch häufige Kontakte mit EU-Offiziellen der höchsten Ebene begleitet. Auch zu den Botschaftern der großen EU-Staaten unterhält Nikolic belastbare Beziehungen. Existierende Vorbehalte konnten somit abgebaut werden, auch wenn ein Grundmisstrauen weiterhin besteht. Nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, dass die Fortschrittspartei über keinerlei Regierungserfahrung verfügt, und hinter Nikolic und seinem treuen Stellvertreter Aleksandar Vucic sich die Kompetenz der nachfolgenden Funktionärsklasse arg in Grenzen hält. Weniger als der politische Willen, Serbien auf seinem europäischen Weg zu halten, könnte ein erzwungener Exodus des fähigen Beamtenapparats Brüssel Sorgen bereiten. Ein Regierungswechsel hin zur Fortschrittspartei bliebe ein ungedeckter Wechsel auf die Zukunft. Hinzu kommt, dass unter dem dünnen Firnis der Europäisierung die ideologische Herkunft der Partei weiterhin durchschimmert. Nikolics nicht anders als bizarr zu nennender Hunger- und Durststreik im Frühjahr 2011 liess bereits abgebaute Vorbehalte wieder virulent werden. Ohne ersichtlichen Grund eine verfassungstreue Regierung durch Inkaufnahme hohen gesundheitlichen Risikos auf Neuwahlen zu erpressen, ist in einer Demokratie nicht zu rechtfertigen. Gewalt – auch gegen sich selbst – ist kein Ersatz für Argumente, und kein Mittel demokratische Spielregeln ausser Kraft zu setzen. Ebenso fragwürdig war das länderübergreifende Bündnis, dass Nikolic im Juni 2011 mit den rechtspopulistischen österreichischen Freiheitlichen (FPÖ) eingegangen ist. Dass diese in Brüssel den Status eines Aussätzigen haben, hätte der SNS-Führungsriege bewusst sein müssen. Der Annäherungskurs an Europa wurde so konterkariert, ohne dass national oder international ein Nutzen erkennbar wäre. Dass dies strategisch ein Schuss in den Ofen war, sieht man inzwischen auch im Umfeld des Parteiführers so. Gerüchten zufolge bemüht man sich mittlerweile intensiv

²⁸ B92: SNS is pro-European party, opposition leader claims, 16.06.2011

²⁹ Politika: Evropski zaokret naprednjaka, 03.07.2009

³⁰ Srpska Napredna Stranka 2012: Nova sansa za Srbiju: „Istovremeno, političko približavanje i ekonomsko jedinstvo sa Republikom Srpskom, predstavlja realnu politiku koja će u budućnosti, mirim putem i poštovanjem volje naroda, stvoriti uslove za formiranje zajedničke ili jedinstvene države srpskog naroda i svih ostalih građana koji žive na teritoriji Srbije i Republike Srpske.“ <http://sns.org.rs/sr/2010-06-05-00-10-55.html>



um eine Annäherung an das Lager der konservativen Europäischen Volkspartei (EVP), und ist in dieser Sache insbesondere in Deutschland aktiv.

Für die anstehenden Parlamentswahlen hatte die Fortschrittspartei wenig überraschend zuerst Tomislav Nikolic als Spitzenkandidat nominiert. Vize Aleksandar Vucic fordert in Belgrad den populären Bürgermeister Dragan Djilas heraus. Hinter diesen beiden Spitzenleuten tut sich ein personeller Abgrund auf. Die kurzfristig für den Tag der Parlamentswahlen anberaumte Präsidentschaftswahl bringt die Partei personell in die Bredouille. Nikolic entschied sich als natürlicher Kandidat seiner Partei für die Teilnahme an den Präsidentschaftswahlen, während ein Kandidat für das Amt des Premiers genau wie bei den Demokraten vorerst nicht nominiert worden ist.

3. Socijalisticka Partija Srbije (SPS)

Die Sozialistische Partei Serbiens geht den anstehenden Wahlen gestärkt entgegen. Allen Unkenrufen zum Trotz hat die Partei von der ersten Regierungsbeteiligung seit dem Sturz Slobodan Milosevics profitiert. Dies sah in den ersten Monaten nach dem Eintritt in diese proeuropäische Regierung noch anders aus. Der anfängliche Absturz in den Umfragezahlen konnte jedoch gewendet werden. Bei den anstehenden Wahlen wird die SPS im Bündnis mit zwei kleineren Partnern ein deutlich besseres Ergebnis einfahren als 2008. Dies könnte den Parteiführer und populären Innenminister Ivica Dacic abermals in die Rolle des Königsmachers versetzen.

Der Höhenflug der Sozialisten ist im wesentlichen durch zwei Faktoren erklärbar. Zum einen funktionierte die Zusammenarbeit mit der Demokratischen Partei reibungslos. Das anfangs nicht unumstrittene Bündnis, in dem sich die zwei Hauptkontrahenten aus der Milosevic-Zeit zusammenschlossen, ist zu einer strategischen Koalition geworden. Sowohl Sozialisten wie auch Demokraten versichern sich regelmäßig ihrer gegenseitigen Wertschätzung, und betonen die Wichtigkeit, diese Regierungskonstellation fortzusetzen. Diese Art der vertrauensvollen Zusammenarbeit ist in der serbischen Politik durchaus ungewöhnlich. Streitigkeiten zwischen Politikern und Parteien sind regelmäßig an der Tagesordnung und treffen auf eine dankbare

Medienöffentlichkeit, die alle Seiten ausgiebigst zu Wort kommen lässt. Neben der reibungslosen Zusammenarbeit innerhalb der Koalition gelang es den Sozialisten sich als fähige Politiker darzustellen. Dies betrifft in erster Linie Parteichef Ivica Dacic, der das Innenministerium erfolgreich managte. Dacic gewann im Jahr 2009 zudem den u.a. von der Europäischen Bewegung gestifteten Preis des Europäers des Jahres – ein Indiz und weiterer Ansporn für die europäische Wende der Sozialisten.

Der Eintritt ins proeuropäische Lager kann als Erfolg gewertet werden. In ihrem im Dezember 2010 verabschiedeten Programm, bekennt sich die Sozialistische Partei unzweideutig zur europäischen Perspektive des Landes. Dies ist ein Bruch mit der Vergangenheit. In ihrem alten Programm von 2006 haben Dacic und Genossen noch Ex-Diktator Milosevic als „einem der wichtigsten Staatsmänner des 20. Jahrhunderts“ gehuldigt, und den wirtschaftlichen Niedergang des Landes allein der „kapitalistischen Konterrevolution vom Oktober 2000“ angelastet.³¹ Die Zeiten solcher Rhetorik scheinen vorbei. Allerdings bleibt die Partei gespalten zwischen den Anhängern einer Modernisierung, die sie in eine genuin sozialdemokratische Kraft verwandeln wollen, und den Traditionalisten, die sich der zweifelhaften Vergangenheit verbunden fühlen. Der sichtbarste Exponent des zweiten Flügels ist Infrastrukturminister Milutin Mrkonjic, der in regelmässigen Abständen die ‚Errungenschaften‘ Milosevics lobt und darüber hinaus auch mit seiner im Exil lebenden Witwe in engem Austausch zu stehen scheint. Die Stärke des traditionalistischen Flügels lässt sich daran ablesen, dass es der Parteiführung, über einige halbherzige Versuche hinaus, bis heute nicht gelungen ist, sich eindeutig von der Vergangenheit zu distanzieren. Gerade im linksliberalen und zivilgesellschaftlichen Lager, bis hinein in bedeutende Teile der Anhängerschaft von DS und LDP schlagen den Sozialisten weiterhin Vorbehalte entgegen. Auf internationaler Ebene wird eine Mitgliedschaft in der Sozialistischen Internationalen durch die sozialdemokratischen Parteien aus Bosnien-Herzegowina und Kroatien blockiert.

³¹ Marko Stojic 2011: The changing nature of Serbian political parties' attitude towards Serbian EU membership, EPERN Working paper No. 24, S. 33



Bis 2008 war die Wählerschaft der SPS geprägt durch Arbeiter, Bauern und Rentner. Es waren insgesamt eher die ländlichen, ärmeren und schlechter ausgebildeten Wähler, die der Partei ihre Stimme gaben.³² Nationalismus und ein autoritärer Staat waren ihnen wichtiger als der Beitritt zur Europäischen Union.³³ Damit lag die Wählerschaft der Partei näher bei Radikalen und Fortschrittspartei als bei den traditionellen Parteien des proeuropäischen Lagers, die nach 2008 auf nationaler oder regionaler Ebene als Koalitionspartner dienten: DS, LDP und G17plus. Der Aufschwung in den Umfragen zeigt jedoch, dass es den Sozialisten gelungen ist, seit 2008 neue Wählerschichten zu erschliessen.

Der Höhenflug der Partei ist im wesentlichen Ivica Dacic zu verdanken, dessen Namen zusammen mit der eigenen Partei sowie den beiden Bündnispartnern PUPS und JS die gemeinsame Liste ziert. Nach Ankündigung der Präsidentschaftswahlen ist Dacic auch hier Kandidat seiner Partei. Mehr als ein Überraschungserfolg im Sinne eines zweistelligen Ergebnisses in der ersten Runde ist nicht zu erwarten. Dies wäre dem hochintelligenten und äusserst ambitioniertem Innenminister dann vor allem durch seine hohe Medienpräsenz zu verdanken, die ihn fast in eine Reihe mit den beiden Schwergewichten Tadic und Nikolic stellt. Gelegentlich versuchte sich Dacic in der jüngeren Vergangenheit als Visionär, so spekulierte er zum Beispiel im Sommer 2011 über eine Teilung des Kosovo. In anderen Bereichen jedoch, genannt seien hier die abgesagte Schwulenparade und bizarre Kriegsäußerungen mit Hinblick auf Kosovo, lassen eine Orientierung an irrlichterndem Populismus erkennen. Sollte ihm nach der Parlamentswahl die Rolle des Züngleins an der Waage zufallen, wären Überraschungen nicht auszuschliessen.

4.Liberalno-Demokratska Partija (LDP)

Die Liberaldemokratische Partei ist 2005 als Abspaltung der Demokratischen Partei (DS) gegründet worden, und hat sich zwei Jahre später mit der kleinen, aber im Kampf gegen das Milosevic-Regime einflussreichen Bürgerallianz Serbiens vereint. Herausragende Figur ist ihr heute 41-

jähriger Gründer Cedomir Jovanovic, ein charismatischer ehemaliger Studentenführer und Djindjic-Vertrauter, der Ende 2004 im Streit aus der DS ausgeschlossen wurde. Grund war der von Jovanovic als zu lasch und konsensorientiert empfundene Kurs der damals neugewählten Parteiführung um Boris Tadic, die seiner Ansicht nach die Regierung Kostunica nicht hart genug attackierte. Die Liberaldemokraten reklamieren seither das politische Erbe Zoran Djindjics für sich und werfen den Demokraten vor, vom klaren Reformkurs des ermorderten Premierministers abgewichen zu sein.

Die LDP präsentiert sich als klassisch liberale Partei, die auch international entsprechenden Bündnissen beigetreten ist. Angesichts des Zustands von Wirtschaft und Politik in Serbien, sowie in Ermangelung einer genuin linken Partei kommt den Liberaldemokraten die Rolle der linken Opposition gegen die seit 2008 amtierende proeuropäische Regierung zu. Keine andere parlamentarische Kraft steht gegenwärtig so sehr für die europäische Integration, die Ablehnung des Nationalismus und die Aufarbeitung einer von weiten Teilen der Bevölkerung verkärten Vergangenheit. Als einzige Partei tritt die LDP für die Anerkennung der Unabhängigkeit Kosovos und den Beitritt Serbiens zur seit dem Krieg 1999 wenig wohlgelittenen NATO ein. Das bedingungslose Bekenntnis zum Westen, die harsche Infragestellung ansonsten konsensueller Standpunkte, und das Eintreten für Menschen- und Minderheitenrechte auch dort, wo diese mehr als Lippenbekenntnisse erfordern, haben der LDP nicht wenig Feindschaft und tiefe Abneigung beschert. Trotz oftmals beissender und nicht minder polemischer Kritik am Kurs der Regierung empfindet sich die LDP nicht als isolierte Kraft, sondern als zugehörig zum proeuropäischen Lager, dem die Demokratische Partei vorsteht. Auch in den letzten vier Jahren haben die Liberaldemokraten die knappe Mehrheit des Regierungsbündnisses häufig verstärkt. Auf lokaler Ebene sind Koalition mit den Demokraten an der Tagesordnung, und für die Zeit nach den Wahlen hat die LDP-Führung klargemacht, dass sie als Partner für die DS zur Verfügung stünde.

Bei den anstehenden Wahlen können die Liberaldemokraten wahrscheinlich mit leichten Zugewinnen, insbesondere durch enttäuschte DS-Wähler rechnen. Die Partei hat sich mit der kleinen

³² Slavisa Orlovic 2011: Partijski Sistem Srbije, S. 34

³³ Zoran Stojilkovic 2007: Socijaldemokratija I politicke stranke Srbije, in: Zoran Lutovac 2007: Ideologija I politicke stranke u Srbiji, S. 114



Sozialdemokratischen Union (SDU) und der bisher mit der DS verbandelten Serbischen Erneuerungsbewegung (SPO) des wortgewaltigen Politikurgesteins Vuk Draskovic zum Bündnis *Preokret* (deutsch: Wende) zusammengeschlossen. Diese Vorwahlkoalition kam Ende 2011 unter dem Eindruck zustande, dass Serbien aufgrund seiner verfehlten Kosovopolitik die Zusage des Kandidatenstatus für den EU-Beitritt verwehrt bliebe. Der im März 2012 nachträglich verliehen Status hat die Regierung gestärkt und *Preokret* als nach eigener Auffassung einziger unzweifelhaft proeuropäischer Kraft Wind aus den Segeln genommen. Angesichts der weiterbestehenden Aktualität der Kosovoproblematik kann aber davon ausgegangen werden, dass es der Partei bei den Wahlen gelingen wird, gerade solche Wähler auf ihre Seite zu ziehen, denen das Vabanque-Spiel der Demokraten zwischen EU und Kosovo zu riskant erscheint. Untersuchungen zufolge besteht die liberaldemokratische Anhängerschaft aus eher jungen und gutausgebildeten, urbanen Wählern, und ähnelt damit teilweise derjenigen der Demokratischen Partei.³⁴ Dies sind die Menschen, die sich von einer schnellen EU-Integration sowie dem Aufbrechen politisch und ökonomisch verkrusteter Strukturen aufgrund ihrer hohen Mobilität und guten Ausbildung am meisten versprechen. Modernisierungängste und Traditionalismus ist dem typischen LDP-Wähler fremd, was darauf hindeutet, dass es sich hierbei um eine Art dynamische Gegenelite handelt, die darauf wartet, ihren rechtmässigen Platz in Serbien erst einzunehmen.

Trotz ihrer betonten Europhilie und dem Drang nach Modernisierung sind die Liberaldemokraten eine Partei, die ganz wesentlich vom ihrem Chef Cedomir Jovanovic dominiert wird. Jovanovic führt nicht nur die gemeinsame Liste des Wahlbündnisses *Preokret* an, sondern ist auch Kandidat seiner Partei für das Amt des Staatspräsidenten.

5.Srpska Radikalna Stranka (SRS)

Das langjährige Schreckgespenst der politischen Landschaft Serbiens hat in der vergangenen Legislaturperiode erheblich gelitten. Die Abspaltung des Lagers um den stellvertretenden Vorsitzenden Tomislav Nikolic hat die Partei nicht nur ihren populärsten Politiker

³⁴ Slavisa Orlovic 2010: Partijski Sistem Srbije, S. 35

im Lande, sondern auch den Löwenanteil ihrer Anhängerschaft gekostet. Von über 29% im Jahr 2008 sind die Radikalen in den meisten Umfragen auf unter 10% abgestürzt. Sogar die 5%-Hürde erscheint plötzlich als Gefahr.

Die SRS hat aus der primär aus machtpolitischem Opportunismus erfolgten Abspaltung und Gründung der Serbischen Fortschrittspartei (SNS) keine politischen Lehren gezogen. Unter dem seit 2003 in Den Haag inhaftierten Parteiführer und mutmasslichen Kriegsverbrecher Vojislav Seselj bleibt die Partei ihrem Kurs treu. Dieser ist eine Kombination aus extremem Nationalismus und enger Anlehnung an die traditionellen Werte der Orthodoxen Kirche. In ihrem Parteiprogramm vom Oktober 2009 fordern die Radikalen die Vereinigung der gesamten serbischen Nation in einem grossserbischen Staat, der neben der Republik Serbien auch Montenegro, die bosnisch-serbische Entität und das Territorium der ehemaligen separatistischen Republik Krajina in Kroatien umfassen soll.³⁵ Die Auslieferung mutmasslicher Kriegsverbrecher wird abgelehnt, Flüchtlinge werden unterstützt. Dem Beitritt zur Europäischen Union wird aus prinzipiellen Gründen widerstanden, sind aus radikaler Sicht dort doch alle traditionellen Feinde Serbiens vereint. Eine von Seseljs vielen, oft nicht nur polemischen, sondern die Grenzen des guten Geschmacks überschreitenden Schriften trägt den bezeichnenden Titel „Die Europäische Union – eine teuflische Schöpfung“.³⁶ Die Partei steht aussenpolitisch für eine Anlehnung an Russland, China und andere nicht-westliche Staaten.

Der Mitte 2008 erfolgte Bruch zwischen Seselj und Nikolic über die Frage der Annäherung an die EU war ein Fanal für die Partei, die streng nach dem Führerprinzip organisiert ist und bis dahin so diszipliniert daherkam, dass kaum jemals etwas an internen Streitigkeiten an die Medien durchstach. Seselj und Nikolic waren darüber hinaus *kumovi* – Taufpaten der Kinder des jeweils anderen, ein traditionell in Serbien höchster Ausweis persönlicher Freundschaft und Loyalität. Der Bruch musste so notwendig über das politische hinaus in persönliche Feindschaft umschlagen. Vor den Wahlen machte Seselj

³⁵ Parteiprogramm der SRS 2009, einsehbar unter: <http://www.srpskaradikalnastranka.org.rs/pdf/misc/20091023-program.pdf>

³⁶ Vojislav Seselj 2006: Evropska unija satanistička tvorevina

mit einer Wortmeldung aus Den Haag nochmal klar, dass er die Fortschrittspartei nicht als politischen Gegner zu bekämpfen gedenkt, sondern ihre „Vernichtung“ anstrebt.³⁷ Eine wie immer geartete Zusammenarbeit der Radikalen mit dem „Verräter“ Nikolic ist nach den Wahlen ausgeschlossen, was letztlich vor allem den Demokraten nützt.

Trotz der Tatsache, dass es Nikolic gelungen ist, einen erheblichen Anteil der radikalen Anhängerschaft für seine neue Formation abzuwerben, ist es zu früh, der Partei die Totenglocken zu läuten. Da Nikolic nun mehr und mehr als Teil des Establishments wahrgenommen wird, und der andere Rechtsausleger Kostunica politisch verbraucht erscheint, bleiben die Radikalen die Antisystempartei schlechthin, der es weiter gelingen kann mit ultranationalistischen Slogans und sozialer Demagogie einen erheblichen Teil der Wählerschaft anzusprechen. Vor allem die zunehmende soziale Misere im Land, das um sich greifende Elend aus Armut, Arbeitslosigkeit und Verfall untergräbt eine Demokratie, die ihre hehren Werte nicht mit konkreten Wohlstandsgewinnen untermauern kann. Seselj und seine SRS stehen für das radikal Andere, das gerade dann wieder attraktiv werden wird, wenn die EU-Integration zu stocken droht und mit Nikolic ein weiterer Vertreter gescheitert sein wird, spürbaren Wandel zu produzieren. Sollte der unumstrittene Parteiführer Seselj, dessen Plakate weiter *en masse* die Hauptstadt zieren, irgendwann aufgrund mangelnder Beweise für seine Verwicklung in Kriegsverbrechen nach Serbien zurückkehren, könnte dies seine augenblicklich am Boden liegende Partei wieder beflügeln.

6. Demokratska Stranka Srbije (DSS)

Die Partei des langjährigen Präsidenten und Premierministers Vojislav Kostunica ist neben den Radikalen der große Verlierer der abgelaufenen Legislaturperiode. Von einem ohnehin schon enttäuschenden Wahlergebnis im Jahr 2008 ist die Demokratische Partei Serbiens (DSS) in den Umfragen so weit abgesackt, dass sie bei den anstehenden Wahlen die 5%-Hürde fürchten muss. Dies ist ein beispielloser Absturz

³⁷ Danas, 12.02.2012: Seselj: Cilj politicko unistenje naprednjaka

für eine Partei, die Serbiens Politik nach der demokratischen Wende entscheidend mitgeprägt hat.

Die DSS ist 1992 als Abspaltung der Demokratischen Partei (DS) entstanden. Vordergründig ging es dabei um die strategische Entscheidung für oder gegen die Teilnahme an einem größeren Wahlbündnis. Die wesentlichen Differenzen zur Mehrheit der DS-Führung bestanden jedoch in der Auseinandersetzung um die nationale Frage. Während die einen den Fokus primär auf die Demokratisierung des Staates legen wollten, räumte Kostunica der Unterstützung des Kampfes der serbischen Minderheiten in Kroatien und Bosnien Priorität ein. Im Gegensatz zum ideologisch gewendeten Kommunisten Milosevic, der den Nationalismus lediglich als Vehikel zum Machterhalt missbrauchte, war und blieb Kostunica bis heute ein ‚ehrlicher‘ Nationalist. Zu Zeiten des Milosevic-Regimes freilich fiel dieser Kurs auf wenig fruchtbaren Boden, überboten sich doch die Parteien gegenseitig mit nationalistischen Slogans. Die DSS spielte in den 1990ern neben den Hauptoppositionskräften aus Serbischer Erneuerungsbewegung und der Demokratischen Partei Zoran Djindjics eine kleine Nebenrolle. Kostunicas Stunde schlug erst als er als Kandidat der vereinten Opposition in seiner Paraderolle als ehrlicher Nationalist die Präsidentschaftswahlen vom Oktober 2000 gewann, die letztlich die verspätete demokratische Wende in Serbien einläuteten. Er verkörperte einerseits die Abwendung vom ökonomischen, sozialen und militärischen Niedergang des Milosevic-Regimes, stellte andererseits aber den nationalistischen Grundkonsens der serbischen Gesellschaft nicht infrage. Seine Hoffnung, nach dem Übergang zur Demokratie Serbiens europäische Zukunft mit seiner nationalistischen Vergangenheit versöhnen zu können, ohne den Bruch zu wagen, erfüllte sich allerdings nicht. Die DSS driftete unter Kostunica, erst als jugoslawischer Präsident, dann 2004 bis 2008 als serbischer Premierminister immer mehr nach rechts. Die Unmöglichkeit seine an Legalismus, Orthodoxie und Nationalismus angelegte Weltanschauung mit den Erfordernissen von EU-Beitritt und regionaler Aussöhnung zu vereinbaren, machte seine Regierungszeit zu verlorenen Jahren für Serbien. Prinzipiell den EU-Beitritt bejahend, realisierte die DSS-Führung schliesslich, dass dieser sie unausweichlich in einem Dilemma verhedderte. Einer der größten innenpolitischen Erfolge der Kostunica-Regierung bestand darin, 2006 die neue serbische Verfassung auf



den Weg gebracht und erfolgreich durch ein Referendum vom Volk bestätigt zu haben. In der Präambel derselbigen wird der Anspruch auf Kosovo ummissverständlich formuliert. Der Respekt territorialer Integrität deckte sich nach DSS-Sicht immer weniger mit dem Wunsch einem Staatenbund beizutreten, in dem eine Mehrheit der Mitglieder diese Integrität durch Anerkennung des Kosovo offensichtlich mit Füßen trat. Mit seiner Ablehnung des Stabilisierungs – und Assoziierungsabkommens (SAA) löste Kostunica das Dilemma auf, indem er zwischen Kosovo und der EU wählte, und der südlichen Provinz die Priorität einräumte. Dass Boris Tadic und seine Demokraten (DS) die Wahl 2008 mit dem Slogan „Kosovo und EU“ gewannen, und somit die fundamentale Unvereinbarkeit negieren, ist für die DSS ein wiederholtes Ärgernis. Kostunica wird nicht müde diese aus seiner Sicht unehrliche Politik zu geißeln.³⁸

Seit 2008 zählt die DSS, die im Februar 2012 nach langer Agonie die Europäische Volkspartei (EVP) verliess, zur antieuropäisch gesinnten Opposition.³⁹ Elektoral ist der Partei die Aufgabe des Spagats zwischen Europa und Nationalismus zu Gunsten des letzteren allerdings nicht gut bekommen. Hätte man nach der Spaltung der Radikalen noch erwarten können, dass Kostunica energisch die Rolle des Oppositionsführers ergriffe, sah man sich bald eines besseren belehrt. Die DSS ist heute nicht nur elektoral marginalisiert, so dass sogar eine Reise ins ausserparlamentarische Niemandsland droht. Sie ist auch parteipolitisch isoliert. Zwar spricht Kostunica von einer Möglichkeit der Zusammenarbeit mit der Serbischen Fortschrittspartei (SNS). Gleichzeitig betont er jedoch, dass die Haltung zur EU und zu Kosovo einen wesentlichen Konfliktpunkt zwischen beiden nationalkonservativen Kräften darstellt.⁴⁰ Es ist davon auszugehen, dass Nikolics hart erkämpfte europäische Glaubwürdigkeit ein Bündnis mit Kostunica verbietet. Der Parteichef der DSS selbst, einst einer der beliebtesten Politiker des Landes, hat über die letzten Jahre viel von seiner Popularität eingebüsst. Die Demokratische Partei Serbiens in ihrem jetzigen Zustand der Marginalisierung und Isolation erscheint wie ein Relikt aus der Vergangenheit, das vielleicht kurz vor dem elektoralen Todesstoss steht.

³⁸ Blic: Intervju Vojislav Kostunica: Koštica: Politika „i EU i Kosovo“ je šarena laža za glasače, 23.02.2012

³⁹ B92: Izbacuju DSS iz clanstva?, 25.02.2012

⁴⁰ Blic: Kostunica: Ne mozemo sa DS, ali mozemo sa SNS, 27.01.2012

7.Ujedinjeni Regioni Srbije (URS)

Die Vereinten Regionen Serbiens (URS) sind ein Wahlbündnis um die Partei G17plus, die seit 2003 allen Regierungen angehörte, im Jahre 2008 jedoch auf einer gemeinsamen Wahlliste mit der Demokratischen Partei (DS) angetreten war. Der Name der Partei bezog sich ursprünglich auf ein Team von Experten, die Serbiens Integration in die EU forcieren und das Land gleichzeitig nach neoliberalen Prämissen umgestalten wollten. In ihrer ökonomischen Grundausrichtung unterschied sich die G17plus somit nicht wesentlich von der Demokratischen Partei, mit der sie auch eine ähnliche Wählerstruktur teilt. Der starke Mann der Partei ist seit langem Mladjan Dinkic, ein ehemaliger Nationalbankgouverneur und Finanz- und Wirtschaftsminister. Anfang 2011 wurde Dinkic im Zuge einer großen Regierungsumbildung von seinen Ämtern entbunden. Grund dafür war harsche Kritik, die er am Zustand und der Performance des Regierungsbündnisses äusserte. Die persönlichen Beziehungen zwischen der DS-Spitze und Dinkic sind seitdem zerrüttet, auch wenn G17plus weiter Teil der Regierung blieb. Ein erneutes Vorwahlbündnis mit den Demokraten kam folgerichtig nicht zustande. Das Ende der politischen Ehe mit der DS markiert den politischen Abstieg, den G17plus in der letzten vier Jahren erfahren hat. Obwohl innerhalb der gemeinsamen Fraktion mit mehr Abgeordneten vertreten als die Fraktion der Sozialisten in die Waagschale brachte, war G17plus strategisch isoliert in einer Koalition, die sich öffentlich als Bündnis zwischen DS und SPS inszenierte. Die strategische Isolation machte sich auch politisch bemerkbar. In den meisten Umfragen wurde die Partei gar nicht mehr separat erhoben.

Die Vereinten Regionen Serbiens sind nun ihr Versuch, sich eine Plattform für das politische Überleben zu schaffen. Die Personalie Dinkic, der vom Bündnis als Spitzenkandidat nominiert ist, ist dabei mehr Belastung denn Gewinn. Es gibt wohl nur wenige Politiker, denen im Wahlvolk derartige Abneigung entgegenschlägt wie dem Vorsitzenden der URS. Der wirtschaftliche Niedergang des Landes, die zweifelhaft umgesetzten Privatisierungen und eine erhebliche Anzahl an gebrochenen Versprechungen werden dem gelernten Ökonomen zu recht oder zu unrecht angelastet. Mit den URS versucht Dinkic sich politisch neu zu erfinden, indem er unter dem Stichwort



der sicherlich politisch notwendigen Dezentralisierung des hochzentralisierten Landes auf die Ressentiments der Bürger in den Kleinstädten und an der Peripherie des Landes gegen die Hauptstadt Belgrad setzt. Ob die Wähler ihm, dem gebürtigen Belgrader und Repräsentanten *par excellence* der abgehobenen politischen Klasse des Landes, diesen Schachzug abnehmen, ist allerdings fraglich.

In allen Umfragen rangieren die URS bisher teilweise deutlich unter der 5%-Hürde. Es ist Dinkic jedoch gelungen, für sein ambitioniertes Projekt der eigenen politischen Auferstehung regional schlagkräftige Partner zu gewinnen. So gehören u.a. die Regionalpartei Zusammen für Sumadija (ZZS) des Bürgermeisters der Industriestadt Kragujevac, Veroljub Stevanovic, und die Partei der ehemaligen radikalen Novi Sader Bürgermeisterin Maja Gojkovic dem Bündnis an. Während die Partei in landesweiten Umfragen oft nur bei 3% steht, haben regional durchgeführte Wählerbefragungen gezeigt, dass sie in Städten insbesondere in der Sumadija, der serbischen Zentralregion, auf hohe zweistellige Ergebnisse kommt.⁴¹ Ob das am Ende für den Einzug in die Nationalversammlung reicht, steht freilich in den Sternen. Gerade weil Dinkic in dem erwarteten schmutzigen Wahlkampf der beiden Großparteien DS und SNS trotzdem einer äusserst professionell aufgezogenen Kampagne eher verblissen dürfte. Im Falle der Überwindung der 5%-Hürde stünde der Demokratischen Partei mit den URS allerdings ein williger Koalitionspartner bereit – trotz aller Zerrüttungen in den persönlichen Beziehungen ihrer Spitzenkräfte. Dinkic selbst hat einem Bündnis mit der Fortschrittspartei jedenfalls eine klare Absage erteilt.⁴²

8. Die kleineren Parteien: Brautschau vor der Wahl

Vor den Wahlen kommt es regelmässig zum Schaulaufen der kleinen und Kleinstparteien, die um die Gunst der Großen buhlen und von diesen gleichermassen umworben werden. Während die Minderheitenformationen wie das Bündnis der Vojvodina-Ungarn (SVM) von der 5%-Hürde

befreit sind, benötigen die meisten anderen eine Partnerschaft in Form einer Vorwahlkoalition um politisch zu überleben. Die beiden großen Pole der Parteienlandschaft sind auch dieses Mal wieder sehr attraktiv. Der bisherige Umfragensieger SNS tritt auf einer gemeinsamen Liste mit der konservativen Partei Neues Serbien (NS), einer ehemaligen Verbündeten Kostunicas an. Ebenfalls mit von der Partie sind die Bewegung Kraft Serbiens (PSS) des vor Interpol nach Russland geflüchteten Tycoons Bogoljub Karic und die retrosozialistische Bewegung der Sozialisten (PS). Die DS tritt auf der gemeinsamen Liste „Wahl für ein besseres Leben – Boris Tadic“ mit honorigeren Partnern an. Darunter sind die linksregionalistische Liga der Sozialdemokraten der Vojvodina (LSV) und die Sozialdemokratische Partei Serbiens (SDPS), eine im wesentlichen im Sandzak aktive Formation des Arbeitsministers Rasim Ljajic. Die Liberaldemokraten setzen ihr langjähriges Bündnis mit der linken Sozialdemokratischen Union (SDU) fort. In Ermangelung einer fundierten ökonomischen Debatte in Serbien sind Sozialdemokratie und Liberalismus hier augenscheinlich kein Widerspruch. Neu hinzu kommt die Serbische Erneuerungsbewegung (SPO) Vuk Draskovics, die ein wildes Potpourri an ideologischen Versatzstücken vereint und u.a. auch die Wiedereinführung der Monarchie fordert. Die Sozialistische Partei Serbiens (SPS) wird derweil wieder mit der Renterpartei, die auf die im deutschen unschön klingende Abkürzung PUPS hört, koalieren. Hinzu kommt die Privatpartei des Selfmademillionärs und Bürgermeisters von Jagodina, Dragan Markovic Palma, Einiges Serbien (JS). Die Vereinten Regionen Serbiens (URS) haben sich regional gut verankerte Kleinparteien wie die Formation Zusammen für Sumadija (ZZS) angelacht und hoffen, dass dies reicht, die Sperrklausel zu knacken. Mit dem ehemaligen Premierminister Kostunica dagegen will offensichtlich keiner seine Liste fusionieren.

⁴¹ Blic: Djilas u glavnom gradu daleko ispred Vucica, 20.01.2012

⁴² Vecernje Novosti: Intervju sa Dinkicem: Dok god Tadic cuti, moguca je vlada demokrata I naprednjaka, 22.02.2012

V. WAHLKAMPF: THEMEN UND AUSSICHTEN

1. Wirtschaftspolitik: Schlechte Aussichten, kaum Konzepte

Angesichts galoppierender Arbeitslosigkeit und eines sich abschwächenden Wachstums sollte der Wirtschaftspolitik im Wahlkampf herausragende Bedeutung zukommen. Die Strategie der Regierungskoalition bestand in den vergangenen vier Jahren darin, ein für Investoren attraktives Klima zu schaffen, um möglichst viel ausländisches Kapital anzuziehen. Aufgrund der ab 2008 spürbaren Weltwirtschaftskrise gelang dies nur bedingt. Das Land war in der Krise auf den Internationalen Währungsfonds angewiesen und wird dies nach der Verabschiedung eines weiteren *Stand-by Agreements* im September 2011 auch künftig sein. Teil dieses Abkommens ist ein Kredit im Umfang von 1,5 Milliarden Dollar. Der IWF konzentriert seine Politik hauptsächlich auf die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, was effektiv auf eine Senkung der Ausgaben hinausläuft. Von 49% in 2009 soll die Staatsquote bis 2015 auf 38% abgesenkt werden. Das wird u.a. damit begründet, die Staatsverschuldung nicht über die verfassungsrechtlich vorgegebenen 45% des BIP steigen zu lassen.⁴³ Die Politik der Haushaltskonsolidierung wird trotz stark rückläufiger Wachstumsprognosen – für 2012 werden nach 1,8% in 2011 nur noch 0,7% erwartet – für alternativlos gehalten. Premier Mirko Cvetkovic bekräftigte beim Business Forum in Kopaonik, auch bekannt als das „serbische Davos“, die Entschiedenheit der Regierung, den Sparkurs fortzusetzen. Die Demokratische Partei hat bisher nicht erkennen lassen, dass sie innovativ von der Politik der letzten Legislaturperiode abweichen werde. Stattdessen ist nun die Hoffnung verbreitet, der verliehene Kandidatenstatus werde zu einem Investorenboom führen. Angesichts der abschwächen Wirtschaftsaktivität in der Eurozone, aus der mit Italien, Deutschland und Österreich die meisten von Serbiens Hauptinvestoren stammen, mag dies eine zu optimistische Einschätzung sein.

Die Fortschrittspartei als stärkste Oppositionskraft macht sich gelegentlich soziale Parolen zu eigen, um aus dem

⁴³ Economist Intelligence Unit: Country Report Serbia, Januar 2012

verbreiteten wirtschaftlichen Elend politisches Kapital zu schlagen.⁴⁴ Allerdings lässt sie dabei keinerlei Kritik am Währungsfonds erkennen. Ganz im Gegenteil macht sie sich dessen Kritik an der Regierung zu eigen, und wirft dieser Unfähigkeit vor.⁴⁵ Dass die ambitionierte Haushaltskonsolidierung mit ihrer Forderung nach höheren Renten kollidiert, wurde als Widerspruch bisher nicht erkannt. Die SNS-Führung hat betont, dass der Wirtschaftspolitik absolute Priorität im Wahlkampf zukäme. Folgerichtig nehmen ökonomische Massnahmen auch einen prominenten Platz innerhalb des im Herbst 2011 der Öffentlichkeit vorgestellten „Weissbuchs“ ein, das ein bis dahin fehlendes Parteiprogramm ersetzt. Grundsätzlich sind keine Unterschiede zur Wirtschaftsprogrammatische der Demokraten erkennbar. Ähnlich wie die DS setzt die SNS auf die Schaffung eines investitionsfreundlichen Klimas, propagiert die Durchführung weiterer Privatisierungen und die Bekämpfung der Korruption. In die Schlagzeilen schaffte es Tomislav Nikolic jedoch mit der Ankündigung, unter seiner Regierung über die nächsten zehn Jahre 100 Milliarden Euro an ausländischen Direktinvestitionen ins Land holen zu wollen.⁴⁶ Ein beispiellos ambitioniertes Projekt, zumal wenn man bedenkt, dass in Serbien von 2000 bis 2008 nur 13,2 Milliarden Dollar investiert worden sind.⁴⁷ Allerdings fielen die Zahlen im gleichen Zeitraum in den damaligen EU-Beitrittsstaaten Rumänien und Bulgarien ungleich höher aus. Laut SNS soll der Großteil dieser wahren Investitionsflut in zwei gigantische Projekte fließen: nämlich die Errichtung einer riesigen Industriezone von Novi Sad nach Belgrad, und den Ausbau des Wasserwegs über Donau, Morava und Vardar, der Mitteleuropa mit dem Ägäishafen Thessaloniki verbinden soll. Allein auf dieses zweite Megaprojekt sollen 30 Milliarden Euro entfallen, die sieben Wasserkraftwerke, die die Fortschrittspartei zur Energieversorgung Serbiens bauen möchte, noch nicht mitgerechnet.⁴⁸ Während Wirtschaftsexperten die Pläne höchstgradig unrealistisch nannten, ernetete Nikolic vom politischen Gegner Spott. Bezeichnenderweise spielten die Pläne im laufenden Wahlkampf bisher keine herausragende Rolle.

⁴⁴ RTS: SNS: Penzije treba da budu vece, 04. 03.2012

⁴⁵ B92: SNS: MMF „digao ruke“ o dove vlade

⁴⁶ Press: Nikolic obecao 100 milijardi Evra, 29.09.2011

⁴⁷ Kathrin Jurkat 2010: Ausländische Direktinvestitionen in Serbien – Untersuchungen zur politischen Ökonomie, S. 85 (Berechnungen auf Basis der Serbischen Nationalbank)

⁴⁸ B92: SNS: Kad pobedimo – 100 mlrd. evra



Ingesamt scheinen in Serbien weder Regierung noch Opposition fähig, ein realistisches alternatives Wirtschaftsprogramm zu entwerfen. Die vollmündigen Ankündigungen der Parteien, die Wirtschaftspolitik genieße im Wahlkampf hohe Priorität, sind wenig ernst zu nehmen. Sie wird stattdessen stiefmütterlich behandelt. Zwar verhandelten fast alle Parteien im Vorfeld der Listenaufstellung mit Vertretern der Sozialpartner. Eine neue Wirtschaftspolitik hat sich daraus allerdings nicht ergeben. Das Ziel der Parteien besteht vielmehr darin, sich ein Höchstmass an formeller Unterstützung zu sichern, um damit im Wahlkampf wuchern zu können. Im großen und ganzen gibt es in Serbien einen parteiübergreifenden Konsens für die Notwendigkeit der IWF-Reformpolitik.

Das Fehlen einer anspruchsvollen wirtschaftspolitischen Debatte mag bedauernd sein. Als kleines Land, das hochgradig vom Auf und Ab der EU-Volkswirtschaften abhängig ist, sind die Handlungsoptionen Belgrads jedoch tatsächlich begrenzt.

2. Kosovo und die EU: Mögliche Auflösung eines Dilemmas?

Die Kosovoproblematik wurde durch die verspätete Verleihung des EU-Kandidatenstatus merklich entschärft. Sah sich Serbien im Sommer 2011 durch die ultimativ vorgetragenen Forderungen Bundeskanzlerin Merkels – insbesondere den Abbau der sog. Parallelinstitutionen betreffend – noch mit dem Scheitern der offiziellen *Kosovo und EU*-Politik konfrontiert, konnte dieser Zielkonflikt vorerst beigelegt werden. Dass Präsident Tadic nun verkündete, dass seine Politik der doppelten Zielsetzung Erfolg hatte, täuscht allerdings darüber hinweg, dass der Konflikt weiter schwelt. Insbesondere im Norden des Landes herrscht bei unübersichtlicher Gemengelage ein Zustand permanenter Unruhe. Die vorläufige ‚Fussnoten-Lösung‘, nach der die Republik Kosovo als Kosovo* an regionalen Foren teilnehmen kann, ist je nach Interpretation ein Erfolg Serbiens oder ein Erfolg Pristinas. Die internationale Vertretung des jüngsten Staats Europas wurde ermöglicht, allerdings nur mit dem

Hinweis auf seinen halbsouveränen Status.⁴⁹ Mittelfristig reicht diese Kompromisslösung nicht aus. Die EU wird aufgrund ihres Zypern-Traumas keinen Staat mit ungeklärter Grenzziehung aufnehmen. Belgrad wird an einer impliziten Anerkennung der Souveränität Kosovos kaum vorbeikommen. Der Anspruch auf Gesamt-Kosovo ist mit der EU-Integration des Landes nicht zu vereinbaren. Nach der Verleihung des Kandidatenstatus ist Serbien in der Kosovofrage nun nicht viel weiter als noch 2008. Der Versuch Deutschlands, eine politische Lösung als Vorbedingung für den Status zu erzwingen, ist am Widerstand anderer Europäer gescheitert.⁵⁰ Es ist sicher nicht falsch, anzunehmen, dass Berlin dem Druck aus Wien, Paris und Rom auch deshalb nachgegeben hat, um Präsident Tadic's proeuropäischer Koalition eine bessere Ausgangsbasis zu verschaffen. Früher oder später aber, d.h. vor dem Beginn der Beitrittsverhandlungen oder unmittelbar vor dem Beitritt, lässt sich die Klärung der Kosovofrage nicht mehr umgehen.

Es deutet viel darauf hin, dass die serbische Regierung trotz gegensätzlicher Rhetorik intern nicht mehr an die erfolgreiche Aufrechterhaltung des Anspruchs auf Kosovo glaubt.⁵¹ Dieser ist vielmehr Verhandlungsmasse, die eingesetzt werden soll, das eigentliche Ziel einer Teilung des Landes zu erreichen. Der sozialistische Innenminister Dacic brachte ein solches Szenario im Mai 2011 bereits ins Spiel – freilich mit dem Hinweis, es handele sich lediglich um seine Privatmeinung.⁵² Will Belgrad dieses Ziel erreichen, so sieht es sich zwei Herausforderungen gegenüber. Erstens müsste die internationale Gemeinschaft, d.h. insbesondere die Schutzmächte Kosovos für eine solche Lösung gewonnen werden. Zweitens müsste die serbische Regierung und mit ihr die gesamte politische Klasse des Landes, die mit Ausnahme der liberalen Opposition konsensual in ihrer Ablehnung des Kosovostaats geeint ist, die eigene Bevölkerung von einem solchen Schritt überzeugen.

⁴⁹ In der Fussnote werden sowohl die UN-Sicherheitsratsresolution 1244 als auch das Urteil des Internationalen Gerichtshofs vom Juli 2010 angeführt.

⁵⁰ Der Standard: Österreich drückt für Serbien die Tür zur EU auf, 23.02.2012

⁵¹ The Guardian: WikiLeaks cables: Kosovo sliding towards partition, Washington told, 09.12.2010, <http://www.guardian.co.uk/world/2010/dec/09/wikileaks-cables-kosovo-independence-serbia>

⁵² B92: Dačić: Podela Kosova jedino rešenje, 15.05.2011

Auf internationaler Ebene haben führende Vertreter der Schutzmächte wiederholt klargestellt, dass eine erneute Grenzverschiebung auf dem Balkan nicht infrage käme.⁵³ Der Expertenkonsens im Westen bröckelt aber.⁵⁴ Man wird sich in Europas Hauptstädten nicht länger der Erkenntnis entziehen können, dass die Teilung des Kosovos faktisch besteht.⁵⁵ Das Referendum der Nordkosovoserben im Februar 2012 hat gezeigt, dass die dortige Bevölkerung einen Anschluss an die Republik Kosovo mit überwältigender Mehrheit ablehnt. Die gewaltsamen Zusammenstöße im letzten Jahr, und das Beharrungsvermögen der serbischen Bevölkerung haben zudem erkennen lassen, dass eine Ausdehnung von Pristinas Souveränität nach Norden ohne Gewalt nicht zu haben ist. Die Westmächte mögen diplomatischen Druck entfalten, zu militärischen Abenteuern wären sie kaum bereit. Die Existenz der viel beschworenen Parallelinstitutionen wird von der serbischen Regierung zu recht bestritten.⁵⁶ Es handelt sich bei den von der serbischen Regierung finanzierten Schulen, Krankenhäusern, Gerichten, der Polizei sowie der Universität nämlich nicht um parallele Strukturen, sondern um die einzig existenten in den nördlichen Gemeinden. Ob Pristina überhaupt die Kapazitäten hätte, diese Institutionen zu ersetzen, noch dazu gegen den erklärten Willen der lokalen Bevölkerung, ist höchst fraglich. Die neue serbische Regierung ist also regelrecht dazu verdammt, für den Norden eine Lösung zu finden, die mehr oder minder auf die rechtliche Anerkennung der faktisch bestehenden Teilung hinausläuft. Nicht nur, weil sie sich aufgrund ihrer europäischen Ambitionen einen eingefrorenen Konflikt, der in regelmässigen Abständen Gewaltexzesse produziert, nicht leisten kann. Sondern auch, weil sich die Nordkosovoserben als unkontrollierbarer Faktor erwiesen haben, die trotz der Tatsache, dass sie von Belgrad finanziell abhängen, keine

Weisungen aus der Hauptstadt mehr akzeptieren. Um gegen erheblichen internationalen Widerstand eine Lösung zu erzielen, müsste die serbische Politik allerdings intelligenter agieren als bisher. Die Reisediplomatie des betont nationalistisch auftretenden Aussenministers Vuk Jeremic ist wenig hilfreich. Belgrad käme nicht umhin für die Teilung einen Preis zu zahlen, der letztlich auf die faktische Anerkennung des Kosovo hinausläufe.

Ob dieser Preis gezahlt werden kann, hängt wesentlich von der innenpolitischen Konjunktur ab. Bisher waren Regierung und Bevölkerung in ihrer Unterstützung der in sich inkohärenten Doppelstrategie *Kosovo und EU* geeint. Die Fortschrittspartei hat sich diese Strategie der Demokratischen Partei ebenso zu eigen gemacht. Während Tadic's Äusserungen trotz der Initiative seines Innenministers bisher nicht darauf hindeuten, diese Politik aufzugeben, hat Nikolic's SNS eine innovative Lösung des Dilemmas ins Spiel gebracht: ein Referendum über die Frage Kosovo oder EU, das den Widerspruch effektiv auflöste.⁵⁷ Ein solcher Volksentscheid, den die Fortschrittler im Falle ihres Sieges zwar versprechen, über dessen genaue Fragestellung sie aber noch keine Einigkeit erzielt haben, wäre Chance und Risiko zugleich. Chance, weil sich die Prioritätenfrage damit klären liesse. Risiko jedoch, weil Serbien bei negativem Ausgang für Europa am Ende isoliert darstehen würde. Die Wahrnehmung einer Entscheidungsmöglichkeit zwischen Kosovo und der EU ist illusionär. Sollte die Mehrheit für Kosovo stimmen, bekommt sie am Ende nichts: weder den EU-Beitritt noch die ehemalige Südprovinz. Für die Politiker wäre ein solches Referendum also weniger angenehm als angenommen. Sie könnten sich nicht zurücklehnen. Die Wahl, die sie an den Bürger delegieren, müssten sie selbst auch treffen. Und dann dafür werben.

Die künftige serbische Regierung steht also in der kommenden Legislaturperiode vor einer Mammutaufgabe. Soll der Weg nach Europa fortgesetzt werden, muss Belgrad schmerzhaft Kompromisse eingehen und zudem erhebliche Überzeugungsarbeit leisten – international wie daheim. Ob die betreffenden Akteure dazu fähig sind, und noch dazu in dieser Frage von nationalem Interesse billige Parteitaktik aussen vor lassen, ist längst nicht gesichert.

⁵³ Deutsche Welle: Interview mit dem deutschem Südosteuropa-Sonderbeauftragten Graf Lambsdorff: Teilung ist keine Lösung für Kosovo, 24.02.2012

⁵⁴ Wiener Zeitung: Busek: Teilung des Kosovo "derzeit beste Lösung", 07.02.2012. Auch die *International Crisis Group* hat in einem Report eine Teilung, bzw. einen Landtausch als Lösung ins Spiel gebracht:

<http://www.crisisgroup.org/en/regions/europe/balkans/kosovo/206-kosovo-and-serbia-after-the-icj-opinion.aspx>

⁵⁵ Der Standard: Interview mit Dusan Reljic, Stiftung Wissenschaft und Politik: "Die Teilung Kosovos besteht faktisch.", 01.03.2012

⁵⁶ Blic: Djelic: Za Srbiju ne postoje "paralelne institucije", 13.03.2012

⁵⁷ Blic: Nikolić: Dilema Kosovo ili EU visi u vazduhu, 14.08.2011

3. Die offene serbische Frage

Die Vergangenheit, die nicht vergehen will, ist und bleibt ein *Evergreen* der öffentlichen Debatte, der die Emotionen stets aufs neue hochschlagen lässt. Jüngstes Beispiel war die anlässlich des 20. Jahrestages des bosnischen Teilstaates Republika Srpska entbrannte Debatte, ob dieser auf Völkermord gebaut sei. Dies hatte der liberaldemokratische Parteichef Jovanovic behauptet. Anlass war eine unwürdige Medienhetzjagd auf einen montenegrinischen Schriftsteller, der die ironische Behauptung aufgestellt hatte, es wäre einem „zivilisatorischen Schritt“ gleichgekommen, wenn man die ganze Zeremonie der 20-Jahr-Feier, mitsamt allen Würdenträgern aus Belgrad und Banja Luka, in die Luft gesprengt hätte.⁵⁸ Die Stimmung in Serbien war ohnehin bereits angespannt, da viele Serben ihr eigenes Volk in einem Spielfilm der Hollywood-Diva Angelina Jolie über den Bosnienkrieg ungerecht dargestellt wähnten. Jovanovic trat anschliessend in einem TV-Duell gegen den Präsidenten der Republika Srpska, Milorad Dodik an. Ohne wirklich aufeinander einzugehen, stellten sie doch zwei grundverschiedene politisch-mentale Haltungen innerhalb der serbischen Gesellschaft dar. Die kleine linksliberale Opposition, die im Nationalismus ein großes Übel erkennt gegen den bis in weite Teile des proeuropäischen Lagers verbreiteten nationalen Konsens vom serbischen Volk, das in Bosnien einen gerechten Verteidigungskrieg geführt habe. Dessen Exzesse wären zwar bedauerlich, aber unvermeidlich gewesen, zumal die andere Seite doch genauso gehandelt hätte. Die Interpretation der Republika Srpska als legitimes Gemeinwesen, das für den Schutz des serbischen Volkes unabdinglich sei, lässt die Frage aufkommen, wie die in regelmässigen Abständen von Belgrad verkündete Achtung der territorialen Integrität Bosnien-Herzegowinas zu verstehen ist. Wie relevant ist die großserbische Weltanschauung, die nach 1989 den Kommunismus als faktische Staatsideologie abgelöst hat, heute noch?

Von den im Parlament vertretenen Parteien hängt nur noch eine einzige offen der Grossserbien-Ideologie an: die

⁵⁸ Andrej Nikolaidis: What's left of Greater Serbia, in: e-novine, 25.01.2012, <http://www.e-novine.com/english/57458-Whats-left-Greater-Serbia.html>

politisch marginalisierten Radikalen. Die proeuropäisch gewendete Fortschrittspartei Tomislav Nikolic hat die Vereinigung Serbiens mit der Republika Srpska zwar als Fernziel im Parteiprogramm festgeschrieben, ist aber tunlichst darauf bedacht, dies nicht zur Sprache kommen zu lassen. Für die Demokratische Partei ist dies gleichfalls offiziell ein Nichtthema. In einem Interview mit der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* gab Präsident Tadic allerdings indirekt zu erkennen, dass die derzeitigen Grenzen auf dem Balkan möglicherweise nicht endgültig seien.⁵⁹ Das Bekenntnis zur territorialen Integrität Bosniens ist eng an die Existenz der serbischen Entität gekoppelt. Die Hoffnung westlicher Beobachter, in Bosnien könnte es zu einer Verfassungsreform kommen, die die den Gesamtstaat blockierenden Dayton-Regelungen generalüberholt, ist naiv. Der Präsident der Republika Srpska, Milorad Dodik, der über gute und belastbare Beziehungen zu Boris Tadic verfügt, und diesen bei den anstehenden Wahlen zum wiederholten Mal offen unterstützt, sprach mehrmals davon, dass Bosnien kein Staat sei.⁶⁰ Widerspruch aus der serbischen Regierung bekommt er ebenso wenig wie der Patriarch der Serbisch-Orthodoxen Kirche, der die Republika Srpska auf ihrer 20-Jahr-Feier in Anwesenheit der gesamten serbischen Staatsspitze als „jüngsten serbischen Staat“ hochleben liess.⁶¹ Kosovo mag gegenwärtig als das größere Problem erscheinen. Dort ist die nationale Frage jedoch weitestgehend gelöst, durch den Krieg und die anschliessende ‚ethnische Säuberung‘ der serbischen Bevölkerung. Demographisches Gewicht zur Unterminderung des faktisch zweiten albanischen Nationalstaats bringt Serbien nicht mehr in die Waagschale. In Bosnien dagegen schwelt die nationale Frage weiter unter dem dünnen Firnis halbfunktionaler Institutionen. Das Land liegt auf dem Balkan als angezähltes Rest-Jugoslawien, umgeben von stolzen Nationalstaaten, die ihre ganze historische Legitimität aus einem expliziten Antijugoslawismus ziehen. Ohne internationalen Druck hätte Bosnien und Herzegowina, dessen multiethnische Staatsdoktrin von mindestens zwei

⁵⁹ FAZ: Tadic will gegen Mladics Fluchthelfer ermitteln, 02.06.2011

⁶⁰ Vijesti: Dodik: Koji će nam đavo BiH, ona ionako nije trebalo da bude država, 09.03.2012

⁶¹ Deutsche Welle: Sporne poruke sa proslave Dana RS, 10.01.2012



der drei Volksgruppen abgelehnt wird, längst aufgehört zu existieren.

Die fortbestehende Aktualität der serbischen Frage sollte nicht überraschen. Mit der demokratischen Wende vom Oktober 2000 wurde die Diktatur beerdigt, nicht jedoch die nationalistische Ideologie. Die serbische Opposition stellte sich dereinst nicht gegen Milosevic, weil er Vukovar zerstörte, Dubrovnik bombardieren liess oder Sarajevo belagerte. Der Protest wuchs erst an, als die Folgen der internationalen Isolation überdeutlich wurden und das Land einen seit dem Zweiten Weltkrieg in Europa beispiellosen ökonomischen und gesellschaftlich-moralischen Verfall erlebte. Die Parole „Alle Serben in einen Staat“ war vor 2000 populär, sie ist nach der demokratischen Wende zurückgestellt, aber nicht überwunden worden. Serbien ist heute der Nationalstaat des serbischen Volkes, und ein bedeutender Teil dessen lebt ausserhalb seiner Grenzen. Trotz der proeuropäischen Orientierung der derzeitigen Regierung sowie der größten Oppositionspartei bleiben patriotische Töne gerade in Wahlkampfzeiten attraktiv. Manche Beobachter wähen sich angesichts einer Inflation nationalistischer Äusserungen bereits vor einer Rückkehr in die Atmosphäre der 1990er Kriegsjahre.⁶² Die von nationalistischen Kreisen betriebene, von der Regierung aber stillschweigend geduldete Rehabilitierung der nationalistischen Tschetnikbewegung verursacht im ex-jugoslawischen Ausland viel Unbehagen.⁶³ Das Verständnis für diese Vorbehalte ist in Serbien gering ausgeprägt. Die Ausführungen Boris Tadic's zum 13. Jahrestag des Kosovokrieges reflektieren zudem die weithin verbreitete Sicht von Serbien und dem serbischen Volk als wehrloses Opfer des angeblich international betriebenen Zerfallprozesses Jugoslawiens. Der Präsident nennt die NATO-Bombardements ein „Verbrechen gegen unser Land und unser Volk“ und betont, da gäbe es nichts hinzuzufügen.⁶⁴ Unbestritten stellt die Erinnerung an die Bombennächte des Jahres 1999 bis heute ein Trauma für weite Teile der serbischen Bevölkerung dar. Die Ursachen für diesen Krieg, der ja nicht aus dem Nichts über das

⁶² Radio Slobodna Evropa: Vraca li se Srbija u devedesete?, 12.02.2012

⁶³ Neue Zürcher Zeitung: Kollaborateur oder Nationalheld?, 24.03.2012

⁶⁴ Blic: Tadic: NATO bombardovanje bio zlocin protiv naseg naroda I drzave, 24.03.2012

Land hereinbrach, werden indes kaum thematisiert. Die jahrzehntelange brutale Unterdrückung der albanischen Mehrheitsbevölkerung im Kosovo und die grausame, fast vierjährige Belagerung Sarajevos durch serbische Truppen werden im öffentlichen Diskurs ausgeblendet. Wenn der Präsident von „unserem Land“ und „unserem Staat“ spricht, fällt unter den Tisch, dass der damalige Machthaber Milosevic hiess. Regierungen, Regime und Diktaturen kommen und gehen – was bleibt, ist Serbien.

Angesichts von wirtschaftlicher Misere, grassierender Korruption und steigender Arbeitslosigkeit wird sich an der Dominanz des nationalistischen Diskurses sobald nichts ändern. Die offene serbische Frage ist jedoch nicht nur Opium für das Volk, sondern bleibt auch künftig ein wesentlicher Faktor, der die Lage auf dem Balkan jenseits aller europaduseligen Sonntagsreden erheblich destabilisieren könnte. Die Vergangenheit, die nicht vergehen will, hat nichts an Relevanz für die Zukunft eingebüßt.

4. Der Parteienkampf: Zwischen inhaltlicher Beliebigkeit und anonymer Diffamierung

Jenseits der pathetischen Töne – der Apelle an die europäische Zukunft, die Ehre der Nation, die immerwährende Verteidigung Kosovos – ist der serbische Wahlkampf erstaunlich inhaltsleer. Präsident Tadic zieht zwar in einer bemerkenswerten Ochsentour durch Kleinstädte und Dörfer, um für seine Wiederwahl und die Demokratische Partei zu werben. Programmatische Diskussionen über Gesundheitsreformen, die Organisation des Rentenwesens, die Erhöhung oder Senkung der Steuern und die Gestaltung der Wirtschaftspolitik wie sie aus Deutschland bekannt sind, werden dabei aber nicht geführt. Unterschiede zwischen den Parteien sind allenfalls entlang der ganz großen Linien erkennbar, wie der Kosovopolitik oder den Einstellungen zu Europa. Detailfragen werden kaum behandelt. Stattdessen präsentieren die Kandidaten und Parteien den Wählern wirkmächtige Narrative, die darauf hinauslaufen, dass sie die Guten und die anderen die Bösen sind. Für die Demokratische Partei hat das die Zeitschrift *Vreme* exemplarisch zusammengefasst: „Wir Demokraten, wir sind kultiviert und tolerant, nur wir haben eine Haltung zu allem, auch zu Kosovo, zur Europäischen Union und zu Mladic, und ihr Wähler gebt auf keinen Fall Toma Nikolic



eure Stimme, denn er ist der größte Feigling, der weder Vision noch Haltung hat, die Öffentlichkeit irreführt und sowieso völlig ahnungslos ist.“⁶⁵ Aufgrund der wirtschaftlichen Misere versucht die DS ihre europapolitischen Erfolge voll auszuschlachten. Das Motiv der vermeintlich goldenen europäischen Zukunft ist allgegenwärtig, sowohl auf den Wahlplakaten als auch in den Reden führender Parteipolitiker. Diese goldene Zukunft sei in Gefahr, sollte die SNS die Macht übernehmen. Aus Sicht der Demokraten ist dies eine Wahl zwischen Zukunft und Vergangenheit, oder, in den Worten der stellvertretenden Parteichefin Jelena Trivan, nichts weniger als die Wahl zwischen „Krieg oder Frieden“.⁶⁶

Die Fortschrittspartei, die seit ihrer europäischen Konversion so sehr darauf bedacht war, vom Ruch des extremen Nationalismus wegzukommen, dass sie zu kontroversen Themen lieber gar keine Stellung bezogen hat, möchte sich natürlich nicht in eine solche negative Rolle drängen lassen. Die Paraderolle der SNS ist stattdessen die des Rächers der Enterbten, der das korrupte, unverantwortliche „Regime“ besiegen will, das die Menschen in Serbien „an den Rand der Armut, an den Rand der Katastrophe“ geführt hat.⁶⁷ Diese Art der Rhetorik ist stilbildend und wird sich mit zunehmendem Wahlkampf weiter verschärfen. Ziel ist es nicht zuletzt all jene an die Urnen zu treiben, die die Politik und vielleicht sich selbst schon aufgegeben haben unter dem Vorwand, es ginge wieder einmal um eine epochale Entscheidung, ein abermaliges Referendum über Gut und Böse. Dabei haben die Fortschrittler wenigstens den Vorteil als klare Oppositionspartei nicht unmittelbar mit den Verhältnissen identifiziert zu werden. Die Demokraten stehen dagegen vor der Mammutaufgabe, eine zweifelnde und enttäuschte Wählerschaft bei der Stange zu halten. Während beide Großparteien moderne Kampagnen fahren, die von amerikanischen und israelischen Spindoktoren konzipiert worden sind, kommt die besondere Schmutzigkeit des Wahlkampfes in den anonymen Schmähplakaten zum Ausdruck, die überall im Land Häuserwände zieren. So werden der Belgrader Bürgermeister Dragan Djilas, Ex-Wirtschaftsminister Mladjan Dinkic und der Supermarkt-

⁶⁵ Vreme: Predizborno zagrevanje velikog posla, S. 20, 09.02.2012

⁶⁶ Blic: Trivan: Gradjani 6. Maja biraju rat ili mir, 29.03.2012

⁶⁷ B92: SNS: Tadiccev rezim u histeriji, 07.04.2011

Tycoon Miroslav Miskovic unter der Überschrift „Ihre Interessen – unsere Schulden“ als „wahre Paten“ titulierte. Die ideologische Achterbahnfahrt Tomislav Nikolic wird mit zwei Fotografien kommentiert. Auf der einen trägt Nikolic ein T-Shirt mit dem Bild seines ehemaligen radikalen Übervaters Seselj, auf der anderen ist er im feinen Zwirn als Chef der SNS zu sehen. Das Plakat fragt: „Wer hat euch nie belogen? Nikolic oder der wahre Toma?“. Erst kürzlich ist ein weiteres Plakat aufgetaucht, das Präsident Tadic im trauten Zwiegespräch mit seinem Verteidigungsminister Sutanovac zeigt. Darunter steht: „Sie haben ein schönes Leben. Und Du?“

Ob die Wähler durch Schmutzkampagnen und einen Schwarz-Weiss-Wahlkampf zu mobilisieren sind, wird erst der späte Abend des 06. Mai zeigen. Dann werden die Wahlbeteiligung und das Ergebnis feststehen.

5. Umfragergebnisse

	15.03. ⁶⁸	26.03. ⁶⁹	09.04. ⁷⁰	11.04. ⁷¹
DS	31,7%	29,1%	29,4%	27,1%
SNS	35,5%	33,2%	33,4%	27,1%
SPS	12,6%	11,1%	11,6%	13,3%
LDP	5,1%	6,4%	6,3%	7,9%
SRS	5,3%	5,8%	5,7%	7,9%
DSS	5,0%	5,8%	5,5%	6,6%
URS	1,9%	3,8%	3,4%	6,1%

⁶⁸ Blic: Povecala se podrška SNS i DS, 15.03.2012

⁶⁹ Politika: Faktor plus: Neznatno promenjen odnos snaga, 26.03.2012

⁷⁰ Politika: Faktor Plus: Tadic i Nikolic skoro izjednaceni, 09.04.2012

⁷¹ Press: Ipsos Puls: Tadic vs. Nikolic – 31,6 – 29,7, 11.04.2012



	09.04.2012 ⁷²	11.04.2012 ⁷³	11.04.2012 ⁷⁴
Boris Tadic (DS)	35,8%	31,6%	26,5%
Tomislav Nikolic (SNS)	35,7%	29,7%	30,0%
Ivica Dacic (SPS)	11,2%	12,4%	11,4%

VI. SERBIEN NACH DER WAHL: DREI SZENARIEN

Ein Ausblick auf die Nachwahlzeit muss notwendigerweise spekulativ bleiben. Trotzdem soll an dieser Stelle eine Einschätzung der wahrscheinlichsten Szenarien erfolgen.

Sollte die Parlamentswahl nicht noch durch ein unerwartetes Ereignis wie eine abermalige Zuspitzung des Konflikts im Nordkosovo oder einen spektakulären Skandal beeinflusst werden, ist ein knappes Wahlergebnis zu erwarten. Angesichts der prekären wirtschaftlichen Lage und verbreiteter Unzufriedenheit wird die regierende Demokratische Partei erheblich an Stimmen einbüßen. Der im März verliehene Kandidatenstatus ist nur ein schwacher Trost, auch wenn die Partei ihn im Wahlkampf hemmungslos ausschaltet. Die kurzfristige Entscheidung, die Präsidentschaftswahlen vorzuziehen, wurde zudem mit der Absicht getroffen, von der höheren Popularität des Präsidenten zu profitieren. Ob ein Mobilisierungsschub gelingt, ist indes noch nicht auszumachen.

Die Fortschrittspartei Tomislav Nikolics hat gegenüber den Demokraten prinzipiell den Vorteil einer disziplinierteren Wählerschaft. Sie profitiert auch davon als Oppositionspartei nicht unmittelbar mit den herrschenden Verhältnissen identifiziert zu werden. Die schlechte Stimmung, die der Regierung entgegenschlägt, hat sich bisher allerdings noch nicht in eine Stimmung für die Opposition verwandelt. Fehlende Kompetenzvermutung

⁷² Press: Faktor Plus: Tadic 35.8, Nikolic 35.7% glasova, 09.04.2012

⁷³ Press: Ipsos Puls: Tadic vs. Nikolic – 31,6 – 29,7, 11.04.2012

⁷⁴ Politika: RIK do sada proglasila sest kandidata za predsednika, 11.04.2012

seitens großer Teile der Wählerschaft, sowie verbreitetes Misstrauen ob der Wahrhaftigkeit seiner proeuropäischen Kehrtwende wiegen schwer für Nikolic und werden dazu führen, dass große Einbrüche ins proeuropäische Lager nicht gelingen. Die Unzufriedenheit mit den Demokraten wird in erheblichem Masse von sozialistischen und liberalen Zuwächsen kompensiert werden. Dies führt dazu, dass von den drei hier angeführten Nachwahlszenarien das erste am wahrscheinlichsten ist: die Fortsetzung eines DS-dominierten Regierungsbündnisses. Obwohl viel dafür spricht, dass die Fortschrittspartei im neuen Parlament stärkste Kraft wird, ist sie koalitionspolitisch isoliert. Die Demokraten haben sich seit 2008 zur unentbehrlichen Partei aufgeschwungen, und haben gute Chancen, diesen begehrten Status zu verteidigen. Das erste Alternativszenario betrifft ein Bündnis der beiden großen Parteien, eine Art Große Koalition nach deutschem Vorbild. Während dieses programmatisch möglich wäre, politisch vielleicht sogar notwendig, stehen seiner Realisierung enorme mentale Barrieren entgegen. Die unwahrscheinlichste Option besteht in einer SNS-geführten Regierung ohne die Demokraten. Letzteres setzte aufgrund der koalitionspolitischen Isolation der Partei einen grandiosen Wahlsieg voraus. Dieser käme gegenwärtig einer großen Überraschung gleich.

1. Kontinuität: Wahlsieg der proeuropäischen Regierung

Die erneute Bildung einer proeuropäischen Regierungskoalition unter Führung der Demokratischen Partei ist nicht nur die wahrscheinlichste Option, sondern würde politisch und strategisch auch das natürlichste Bündnis darstellen. Sowohl die Sozialisten als auch die G17plus-Nachfolgeformation URS haben unmissverständlich klargemacht, dass sie für eine erneute Koalition mit den Demokraten zur Verfügung stünden. Trotz aller Kritik an der europäischen und Kosovopolitik der Regierung sind auch die Liberaldemokraten bereit, in eine DS-geführte Koalition einzutreten. Gerüchten zufolge hat Präsident Tadic für diesen Fall dem LDP-Vorsitzenden Cedomir Jovanovic das Aussenministerium versprochen. Im Falle knapper Mehrheitsverhältnisse kann zudem davon ausgegangen werden, dass ein bedeutender Teil der Minderheitenvertreter im Parlament ein solches Bündnis

unterstützen würde. Für die Demokratische Partei hat Präsident Boris Tadic ausgeschlossen, in eine Koalition mit jenen Kräften einzutreten, die in der Vergangenheit „Gewalt und Selbstzerstörung“ zu verantworten hätten. Dies trifft nach Aussage des Präsidenten auf die Fortschrittspartei ebenso zu wie auf Kostunicas DSS und die Radikalen.⁷⁵ Die Demokraten werden nach der Wahl alles daran setzen, die Fortschrittspartei von der Regierungsverantwortung fernzuhalten. Sollte eine proeuropäische Mehrheit allein nicht zustande kommen, wäre es im Bereich des Möglichen, dass die DS das tiefe Zerwürfnis zwischen Fortschrittspartei und Radikalen nutzt, und eine Minderheitsregierung einem etwaigen Bündnis mit Nikolic vorzieht. Da die erst 2008 gegründete SNS zudem mit vielen neuen und politisch unerfahrenen Abgeordneten in die Nationalversammlung einzieht, kann auch eine Abwerbung von Parlamentariern nicht ausgeschlossen werden. Ironischerweise erweist sich dafür das nach Vorstellungen der Venedig-Kommission umgestaltete Wahlrecht als hilfreich. Durch die Abschaffung der Blanko-Rücktrittserklärungen haben die Parteiführungen keine Handhabe mehr gegen Überläufer. Wenn auch politisch die kongruenteste Formation wäre eine proeuropäische Koalition aus Demokraten, Liberalen und Sozialisten nach dem Vorbild der bisherigen Belgrader Stadtregierung keineswegs konfliktfrei oder gar risikolos. Die Beziehungen zwischen dem SPS-Vorsitzenden Dacic und den Liberaldemokraten sind erheblich angespannt. Dazu trugen jüngere politische Entscheidungen wie die Absage der *Gay Parade* und die Entlassung des Leiters der serbischen Nationalbibliothek ebenso bei wie das tiefsitzende Misstrauen seitens des aus der Anti-Milosevic-Bewegung hervorgegangenen linksliberalen Lagers gegen die proeuropäische Wende der SPS. Auch die Sozialisten haben verständlicherweise Bedenken angemeldet, da die Positionen der LDP den Wertevorstellungen großer Teile der eigenen Wählerschaft erheblich zuwider laufen. Die Aussicht auf die Fleischtopfe der Macht dürfte indes beiden Parteien den Bündnisvertrag versüßen.

Hauptstreitpunkt in einer proeuropäischen Koalition wäre die Kosovofrage, in der die LDP eine Kehrtwende versprochen hat, deren Notwendigkeit Tadic und Dacic

⁷⁵ Blic: Tadić: Vladu nećemo praviti sa SNS, DSS i SRS, 10.03.2012

angesichts der Verleihung des Kandidatenstatus nicht erkennen wollen. Da die EU-Annäherung hier allerdings keine Atempause zulässt, und Serbien wohl weiterhin mit erheblichem Druck aus Brüssel und Berlin konfrontiert wird, seine Haltung zu revidieren, bietet sich die Koalition auch für Kompromisse an. Die größte Herausforderung lauerte deshalb nicht innerhalb der Koalition, sondern in der Notwendigkeit eine Abweichung von der bisher harten, kompromisslosen Haltung dem Wahlvolk und dem nationalistischen Lager nahezubringen. Solange nicht wenigstens die SNS für einen „historischen Kompromiss“ ins Boot geholt ist, könnte Tadic's Koalition kaum unbeschadet wesentliche Konzessionen verkünden.

2. Große Kompromisse benötigen große

Mehrheiten: Große Koalition aus Fortschrittspartei und Demokraten

Von den großen Parteien stets vehement ausgeschlossen, von den Kleinen als Schreckgespenst beschworen: die Große Koalition aus SNS und DS. Anders als in den Konsensdemokratien Deutschlands oder Österreichs haben lagerübergreifende Bündnisse in Serbien bisher keine Tradition, zumal 2012 wohl die erste Wahl nach Zerfall des sozialistischen Jugoslawien ist, bei der zwischen den beiden größten Formationen zumindest ein programmatischer Grundkonsens besteht. Gemessen an der Rhetorik der SNS würde die demokratische Wende Serbiens und die Zivilisierung des politischen Lebens bei einem Wahlsieg nicht zurückgedreht. Programmatisch stehen zwischen DS und SNS keine Welten mehr. Die EU-Integration des Landes, das Bekenntnis zu Marktwirtschaft und Privatisierung, das Festhalten an Serbiens territorialer Integrität – in den Grundfragen herrscht Konsens. Bei der mentalen Bereitschaft der Akteure zur Zusammenarbeit tun sich dagegen Abgründe auf. Es täten sich zwei Partner zusammen, die seit 20 Jahren, eine Diktatur und anschliessend eine prekäre Demokratie hindurch, auf jeweils der anderen Seite standen. Demokraten und ehemalige Radikale waren nicht politische Gegner, sondern Feinde. Eine Feindschaft, die sich durch die Demütigungen der Milosevic-Diktatur und nicht zuletzt den Meuchelmord an der Lichtgestalt Zoran Djindjic tief ins Bewusstsein der handelnden Akteure gefressen hat. Der bisherige Wahlkampf lässt zudem nicht die Vermutung aufkommen, dass auf beiden Seiten vergessen und vergeben würde. Aus Sicht der Demokraten ist die



proeuropäische Wende Nikolics im besten Falle opportunistische Heuchelei, im schlechtesten ein höchst unglaubliches Ablenkungsmanöver, um sich die Macht zu erschleichen. Die SNS steht in diesem Narrativ weiterhin für das nationalistische, rückwärtsgewandte und antiwestliche Serbien, dass die Demokraten 20 Jahre unter Einsatz ihrer bürgerlichen Existenz und ihres Lebens bekämpft haben. In den Augen der Fortschrittspartei steht Tadic's DS dagegen für ein illegitimes Serbien der gnadenlosen Bereicherung, der Korruption und des Ausverkaufs seiner politischen und ökonomischen Interessen zulasten der verarmten Mehrheitsbevölkerung. Diese wirkmächtigen Darstellungen sind weiterhin aktuell, sie werden beschworen und nichts spricht dafür, dass sie bei bedeutenden Teilen des Wahlvolks überwunden wären. Die Konstellation eines Bündnisses aus SNS und DS wäre somit eine große Überraschung, die arg an der Glaubwürdigkeit beider Formationen zehren dürfte.

Trotz dieser erheblichen Mentalitätsunterschiede könnte ein Bündnis der zwei Großen politisch sinnvoll sein. Es hätte den Vorteil, die Fortschrittspartei, die aus dem Paria des serbischen Parteiensystems hervorging, unter Aufsicht an die Regierungsverantwortung heranzuführen. Ein Exodus im Beamtenapparat könnte damit ebenso abgewendet, wie Misstrauen seitens der EU und großer Teile der serbischen Zivilgesellschaft eingehegt werden. Den größten politischen Nutzen hätte eine Regierungsbeteiligung allerdings im Hinblick auf die Kosovofrage. Die fortschreitende EU-Integration des Landes ist auf Dauer nicht kompatibel mit dem unbeirrten Festhalten am Souveränitätsanspruch auf die ehemalige Südprovinz. In der kommenden Legislaturperiode steht eine historische Entscheidung an. Belgrad kann Pristinas Unabhängigkeit – und sei es nur südlich des Ibar – nur faktisch anerkennen, wenn diese Entscheidung auf einen breiten Konsens im Wahlvolk trifft. Dies ist schon allein deshalb vonnöten, weil ein solcher Schritt verfassungsrechtlich durch eine Volksabstimmung sanktioniert werden müsste. Ein Erfolg wäre nur denkbar, wenn mit Tadic und Nikolic beide Führer der serbischen Volksparteien vor die Bevölkerung träten. Ob soviel strategischer Weitblick besteht, ist allerdings ähnlich fraglich wie die Bereitschaft der Fortschrittler diesen für ihre Wählerklientel ungleich härteren Schritt mitzutragen. Obgleich weiter unwahrscheinlich sind die Chancen auf ein solches Bündnis der beiden Volksparteien durch die

Entscheidung, die Präsidentschaftswahlen vorzuziehen, leicht gestiegen. Ein sechsmonatiger Dauerwahlkampf nach Abschluss der Parlamentswahlen ist so verhindert worden. Letztlich könnten beide Lager sogar zu einer Kooperation gezwungen sein, sollte es bei den zeitnah abgehaltenen Wahlen zu einer Kohabitation kommen. Es läge dann an den Parteien und ihren Führungen zu entscheiden, ob sie die nächsten vier Jahre institutionell auf Konfrontation gehen, oder die Zusammenarbeit suchen.

3. Ein ungewisser Wechsel auf die Zukunft: Eine SNS-geführte Regierung

Der unwahrscheinlichste Ausgang der Parlamentswahl besteht in der Formierung einer SNS-geführten Regierung. Zwar führt die Fortschrittspartei seit bald zwei Jahren regelmässig die Umfragen an, koalitionspolitisch bleibt sie jedoch isoliert. Es wurden seitens ihrer Führung auch keine Anstrengungen unternommen, dies über ihre Vorwahlpartner hinaus zu ändern. Die Radikalen werden alles daran setzen, eine Regierung unter Tomislav Nikolic im Parlament zu verhindern. Es ist der Seselj-Gruppierung sogar zuzutrauen, dafür mit dem proeuropäischen Lager zusammenzuarbeiten, so zum Beispiel bei der Unterstützung einer Minderheitsregierung. Der auf den ersten Blick natürlichste Koalitionspartner, die DSS Vojislav Kostunicas, ist auf den zweiten Blick gar keiner. Das Stück Weg, dass Nikolic und Kameraden in den vergangenen vier Jahren Richtung Europa zurückgelegt haben, ist Kostunica in die entgegengesetzte Richtung marschiert. Die DSS ist heute eine antieuropäische Partei, die jede Annäherung an die EU als Zugeständnis in der Kosovofrage ablehnt. Wenn Nikolic seine proeuropäische Wende ernst meint, und er aus dem Aufbau belastbarer Beziehungen zu Brüssel tatsächlich Mehrwert zu ziehen gedenkt, verbietet sich eine Kooperation mit der DSS. Die klassischen Parteien des proeuropäischen Lagers haben ein Bündnis mit der Fortschrittspartei allesamt ausgeschlossen. Ausnahmen bilden die Rentnerpartei PUPS sowie Dacics Sozialisten. Letztere werden zwar nicht müde ihre strategische Partnerschaft mit den Demokraten zu preisen. Letztlich würden sie jedoch um der Macht willen die Seiten wechseln. Ähnlichkeiten zwischen Sozialisten und Fortschrittler drängen sich auf: die SPS



hat ein wenig früher ihre proeuropäische Wende vollzogen. Beide Parteien oszillieren bis heute zwischen europäischer Zukunftsrhetorik und Rückfällen ins nationalistische Diktum. Auffällig auch, dass sie sich im Wahlkampf selten gegeneinander profilieren. Gerüchten zufolge wäre die SNS-Führung sogar bereit, Dacic den Posten des Premierministers anzubieten.

Eine Koalitionsentscheidung für Nikolic wäre für die Sozialisten und ihre Wählerschaft kein so harter Bruch wie 2008 der Wechsel ins Lager der Demokraten bedeutete. Trotzdem stellte die SNS in jedem Falle nur die zweite Wahl für Dacic und Co. dar. Es müsste schon ein grandioses Wahlergebnis der Fortschrittspartei vorliegen, und der Preis für die SPS entsprechend hoch sein.

VII. PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN: KOPF-AN-KOPF- RENNEN MIT VORTEIL TADIC

Die Entscheidung, die Präsidentschaftswahlen vorzuziehen, hat Präsident Tadic autonom und gegen den erklärten Willen seiner kleineren Koalitionspartner getroffen. Insbesondere der Sozialist Ivica Dacic hatte wiederholt gegen zeitgleiche Wahlen Stellung bezogen. Für Tadic war es ein strategisches Kalkül, denn im Falle eines Sieges in beiden Wahlen wäre Serbien bereits Mitte des Jahres wieder handlungsfähig und könnte mit einer gestärkten Regierung in die Verhandlungen mit der Europäischen Union gehen. Hätte Tadic dagegen das Ende seiner regulären Amtszeit abgewartet, wäre er nach den Parlamentswahlen entweder eine „lahme Ente“ gewesen oder hätte aufgrund des nahtlos sich anschließenden Präsidentschaftswahlkampfes nur mit angezogener Handbremse fahren können. Beides schien ihm wenig erstrebenswert. Zudem deutete nichts darauf hin, dass angesichts der miserablen Wirtschaftslage die Umstände für eine Wahl später im Jahr besser gewesen wären. Nun setzt er zwar alles auf eine Karte, ermöglicht damit aber eine Zuspitzung des Wahlkampfes, die wählermobilisierend wirken soll. Zudem lässt er seine in den Umfragen zurückliegende Demokratische Partei an seiner Popularität teilhaben nach dem Kalkül: Wer Tadic wählt, macht auch sein Kreuz bei den Demokraten. In den jüngsten Umfragen liegen Tadic und Nikolic Kopf an Kopf jeweils zwischen 30% und 35%. Damit sind beide populärer als ihre jeweiligen Parteibündnisse, und haben überdies einen

gewaltigen Vorsprung vor den Kandidaten der kleineren Parteien.

Die Chancen des Präsidenten auf eine eigentlich dritte, nach Verfassung von 2006 offiziell zweite Amtszeit, sind relativ hoch. Sollte er im ersten Wahlgang ein respektables Ergebnis einfahren, kann er sich in der Stichwahl als der unbestrittene Führer des proeuropäischen Lagers präsentieren. Er profitiert hier von der zentralen Stellung der DS im serbischen Parteiensystem. Die Wähler der Liberaldemokraten, Sozialisten, Regional- und Minderheitenparteien werden sich wahrscheinlich ganz überwiegend hinter ihm versammeln. Tomislav Nikolic dagegen, der nach zwei Wahlniederlagen gegen Tadic 2004 und 2008 nicht gerade für politischen Aufbruch und Erneuerung steht, leidet an derselben Isolation wie seine Partei. Große Einbrüche ins proeuropäische Lager werden ihm trotz seiner ideologischen Kehrtwende nicht gelingen. Zu groß sind da die Vorbehalte. Hinzu kommt, dass das nationalistische Lager durch die Verwerfungen zwischen Fortschrittlern und Radikalen nicht geeint hinter ihm steht. Zwar ist nicht auszuschließen, dass diese feindselige Haltung der rechten Parteien untereinander in erster Linie die Funktionäre und Führungsebenen betrifft, während sich Wähler beider Formationen weitaus weniger fremd gegenüberstehen. Ausgeschlossen ist jedoch nicht, dass ein Großteil der radikalen Wählerschaft sich in der zweiten Runde eher in Wahlenthaltung übt als für Nikolic zu stimmen. Der Kandidat der Fortschrittspartei muss demnach hoffen, dass die traditionell weniger disziplinierte Wählerschaft des europäischen Lagers aus Enttäuschung und Resignation überdurchschnittlich zu Hause bleibt.

Einen hohen Einfluss auf den Ausgang der Stichwahl wird das Ergebnis der Parlamentswahlen haben. Steht am Abend des 06. Mai eine klare Mehrheit in der Nationalversammlung fest, wäre der Kandidat des siegreichen Lagers entscheidend gestärkt.

KONKLUSION

Das derzeitige serbische Regierungsbündnis und Präsident Boris Tadic haben trotz der miserablen Wirtschaftslage und erheblicher Unzufriedenheit in der Bevölkerung guten Chancen, die anstehenden Wahlen für sich zu entscheiden. Nach der Spaltung der Radikalen Partei ist das nationalistische Lager marginalisiert. Die regierende



Demokratische Partei, die alle politischen Schlüsselpositionen im Lande besetzt, ist zur unentbehrlichen Kraft geworden. Sie verfügt über die gesellschaftliche und politische Anschlussfähigkeit, die der oppositionellen Fortschrittspartei Tomislav Nikolics fehlt. Die proeuropäisch gewendete, nationalkonservative Opposition bietet keine glaubwürdige Politikalternative an, um die verbreitete Unzufriedenheit in eine Wechselstimmung beim Wahlvolk zu kanalisieren.

Anders als bei den Wahlen vor vier Jahren erlebt Serbien in diesem Jahr kein Referendum zwischen Nationalismus und Europa. Die schrille Wahlkampfrhetorik täuscht darüber hinweg, dass zwischen Regierungskoalition und Fortschrittspartei erhebliche inhaltliche Gemeinsamkeiten bestehen. Die Notwendigkeit des europäischen Weges ist unumstritten. Das größte Hindernis auf diesem Weg bleibt jedoch auch in der kommenden Legislaturperiode die Kosovofrage. Die Strategie *Kosovo und EU* ist illusionär und damit zum Scheitern verurteilt. Um eine realistische Lösung zu finden, die Belgrad sowohl international als auch gegenüber der eigenen Bevölkerung vertreten kann, sind die beiden stärksten politischen Kräfte, Demokraten und Fortschrittspartei, zur Zusammenarbeit verdammt. Gelingt keine Kompromisslösung, dann steht Serbien am Ende ohne alles da. Statt *Kosovo und EU* wäre das bittere Ergebnis *weder Kosovo noch EU*. Der Sprung nach Europa ist also keine Naturnotwendigkeit. Für seine europäische Zukunft wird Serbien auch künftig enormen politischen Willen aufbringen müssen.



Über den Autor

Marcus Schneider ist Projektassistent der Friedrich-Ebert-Stiftung in Belgrad

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.